

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierung. Preisliste für 1893 unter Nr. 4700

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gernsperg-Verlag
Am 1. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 3. März 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Kann Europa abriicken?

III.

Es ist ein sonderbarer Kontrast: unsere höheren Militärs sind gerade in ihrem Fach meist so entschlossen konservativ, und doch giebt es heute kaum ein anderes Gebiet, das so revolutionär ist wie das militärische. Zwischen dem glatten Schüssler und der siebenfüßigen Haubitze, womit ich dazumal am Kupfergraben hantierte, und den heutigen gezogenen Hinterladungs-Geschützen, zwischen dem damaligen großkalibrigen glatten Gewehr und dem heutigen fünfmillimeter-Magazin-hinterlader scheinen Jahrhunderte zu liegen; und noch ist kein Abschluß da, noch jeden Tag wirft die Technik alles, eben erst neu eingeführte rückwärts über den Haufen. Jetzt besetzt sie sogar den romantischen Pulverdampf und giebt damit dem Gesecht einen total veränderten, im Voraus absolut unberechenbaren Charakter und Verlauf. Mit solchen Unberechenbarkeiten aber haben wir inmitten dieser ununterbrochenen Revolutionierung der technischen Grundlage der Kriegsführung immer mehr uns abzustufen.

Noch vor vierzig Jahren ging der wirksame Feuerbereich der Infanterie bis 300 Schritt, auf welcher Entfernung ein Einzelner eine ganze Bataillonskolonne gefahrlos aushalten konnte, vorausgesetzt nur, die Leute zielten wirklich alle auf ihn. Der Feuerbereich der Feldartillerie war schon bei 15-1800 Schritte praktisch unwirksam. Im deutsch-französischen Krieg war die wirksame Schussweite des Gewehrs 600-1000 Schritt, die des Geschützes höchstens 3-4000 Schritt. Die neuen, noch nicht kriegserprobten kleinkalibrigen Gewehre aber haben eine Tragweite, die sich der des Geschützes nähert, ihre Geschosbolzen besitzen eine auf's Bier- bis Sechsfache gesteigerte Durchschlagkraft; das Magazinergewehr giebt einer Sektion heute die Feuerwirksamkeit, die früher einer Kompagnie zukam; die Artillerie kann sich zwar keiner gleichen Verlängerung der Schussweite rühmen, hat dagegen ihre Sprenggeschosse mit ganz neuen Explosivstoffen von früher ungehörter Wirkung geladen; freiwillig ist noch nicht ganz sicher, wer die Wirkung wird aushalten müssen, der Schießende oder der Angeschossene.

Und mitten in dieser unaufhörlichen, immer rascher vor sich gehenden Umwälzung des ganzen Kriegswesens, haben wir militärische Autoritäten uns gegenüber, die noch vor fünf Jahren ihre Truppen in alle die konventionellen Feindlichkeiten und künstlichen Eiertänze der auf dem Schlachtfelde längst verstorbenen Lineartaktik des alten Krieges einpaukten und Reglements heilig hielten, wonach man noch immer geschlagen werden konnte, bloß weil man rechts ohrenschmerz war und kein Raum da war, links aufzumarschieren! Autoritäten, die bis auf den heutigen Tag nicht einmal wagen, die blanken Knöpfe und Metallbeschläge der Ausrüstung des Soldaten anzutasten, ebenso

viel Magnete zur Anziehung der fünfmillimeter-Bolzen! die die Mannen mit breiten roten Brustlähnen und die Kürassiere zwar ohne Kürass — endlich! — aber im weissen Rock ins Gewehrfeuer schicken, und sich nur schwer, wie schwer, entschlossen haben, die zwar entschuldigend geschmacklosen, aber dafür um so heiliger gehaltenen Epauletten lieber auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern als den Epaulettenträger selbst.

Es will mir scheinen, als läge es weder im Interesse des deutschen Volks, noch selbst der deutschen Armee, daß dieser konservative Aberglaube die Herrschaft im Heer behält, inmitten der ihn umwogenden technischen Revolution. Wir brauchen frischere, kühnere Köpfe, und ich müßte mich sehr täuschen, wenn es deren nicht genug gäbe unter unsern fähigsten Offizieren, nicht genug, die sich nicht sehnten nach Befreiung aus der Routine und Kamachewirtschaft, die in den zwanzig Friedensjahren wieder üppig emporgewuchert. Aber bis diese den Muth und die Gelegenheit finden, ihre Ueberzeugung geltend zu machen, so lange müssen wir andern von draussen her in den Riß treten und unser Möglichstes thun, zu beweisen, daß wir beim Militär auch etwas gelernt haben.

Ich habe im vorigen Artikel nachzuweisen versucht, daß die zweijährige Dienstzeit schon jetzt für alle Waffengattungen durchführbar ist, wenn man den Leuten das beibringt, was sie im Krieg brauchen können, und sie mit zeitraubenden traditionellen Antiquitäten verschont. Ich habe aber gleich von vornherein gesagt, daß es nicht bei den zwei Jahren bleiben soll. Es handelt sich vielmehr darum, daß der Antrag auf internationale zweijährige Dienstzeit nur der erste Schritt sein soll zu einer allmählichen weiteren Herabsetzung der Dienstzeit — sage zunächst auf achtzehn Monate, zwei Sommer und ein Winter, — dann ein Jahr — dann . . . ? hier fängt der Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem, und davon wollen wir weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist.

Und dies, daß die Sache in Gang gebracht werde, ist die Hauptsache. Sieht man erst einmal der Thatsache ins Auge, daß die Herabsetzung der Dienstzeit eine Nothwendigkeit ist für die ökonomische Existenz aller Länder und für die Erhaltung des europäischen Friedens, dann ist der nächste Gewinn die Einsicht, daß das Schwergewicht der militärischen Ausbildung in die Jugend-erziehung zu legen ist.

Als ich nach zehnjährigem Exil wieder an den Rhein kam, war ich angenehm überrascht, auf den Höfen der Dorfschulen überall Barren und Aed aufgestellt zu sehen. So weit sehr schön, leider ging's nicht sehr weit. Auf gut preussisch wurden die Geräte vorschriftsmäßig angeschafft, aber mit der Benutzung hat es immer gehapert. Die stand auf einem andern — oder vielmehr meist auf gar keinem Blatt. Ist es zu viel verlangt, daß damit endlich einmal Ernst gemacht werde? Daß der Schuljugend aller Klassen das Frei- und Gerüstturnen

systematisch und gründlich beigebracht werde, so lange die Glieder noch elastisch und gelenkig sind, statt daß man wie jetzt die zwanzigjährigen Burschen im Schweiß ihres — und seines eigenen — Angesichts vergebens abradert, um die steifgearbeiteten Knochen, Muskeln und Bänder wieder locker und gefügig zu machen? Jeder Arzt wird Euch sagen, daß die Theilung der Arbeit jeden ihr unterworfenen Menschen verkrüppelt, ganze Muskelreihen auf Kosten von anderen entwickelt, und daß dies in jedem einzelnen Arbeitszweige verschieden wirkt, jede Arbeit ihre eigene Verkrüppelung erzeugt. Ist es da nicht Wahnsinn, die Leute erst verkrüppeln zu lassen und sie dann im Militär nachträglich wieder gerade und beweglich zu machen? Gehört denn ein für den amtlichen Horizont unerreichbarer Grad von Einsicht dazu, daß man dreimal bessere Soldaten erhält, wenn man dieser Verkrüppelung in Volksschule und Fortbildungsschule rechtzeitig vorbeugt?

Das ist aber nur der Anfang. Den Jungen kann auf der Schule die Bildung und Bewegung militärisch geschlossener Trupps mit Leichtigkeit gelehrt werden. Der Schuljunge steht und geht von Natur gerade, namentlich wenn er Turnunterricht hat; wie unsere Rekruten stehen, und wie schwer es ist, manchmal das Geradestehen und Geradegehen beizubringen, das hat jeder von uns während seiner Dienstzeit gesehen. Die Bewegungen im Zug und in der Kompagnie lassen sich in jeder Schule einüben, und mit einer in der Armee unbekanntem Leichtigkeit. Was dem Rekruten eine verhasste, oft fast unausführbare Schwierigkeit, das ist für den Schuljungen ein Spiel und eine Erleichterung. Die Führung und Richtung im Frontmarsch und Schwenken, die bei erwachsenen Rekruten so schwer zu erreichen sind, werden von Schuljungen spielend erlernt, sobald das Exerzieren systematisch mit ihnen betrieben wird. Wird ein guter Theil des Sommers zu Märschen und Übungen im Terrain verwandt, so wird Körper und Geist der Jungen nicht weniger da bei gewinnen als der Militärfiskus, der ganze Monatsdienstzeit damit erspart. Daß solche militärische Spaziergänge sich ganz besonders dazu eignen, Aufgaben des Felddienstes von den Schülern lösen zu lassen, und daß dies in hohem Grade geeignet ist, die Intelligenz der Schüler zu entwickeln und sie zu befähigen, eine speziell militärische Ausbildung in relativ kurzer Zeit sich anzueignen, dafür hat mein alter Freund Beust, selbst ehemaliger preussischer Offizier, in seiner Schule in Bärth den praktischen Beweis geliefert. Bei dem heutigen komplizirten Stand des Kriegswesens ist ohne militärische Vorbildung der Jugend an einen Uebergang zum Milizsystem nicht zu denken, und gerade auf diesem Gebiete sind die erfolgreichen Versuche von Beust von der höchsten Bedeutung.

Und nun erlaube man mir eine ganz spezifisch preussische Seite anzuschlagen. Die Lebensfrage des preussischen Staates ist: Was soll aus dem ausgeschiedenen Unteroffizier werden? Bisher hat man ihn verwandt zum Gendarmen, zum Grenzwächter, zum Portier, zum Schreiber, zum Zivilbeamten jeder nur möglichen Art; es giebt kein noch so

Feuilleton.

Wochendruck verboten.)

[29]

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepania.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Sie hatten kaum zehn Schritte gemacht, als die Thür gewaltsam gesprengt wurde und die vier zerzausten, übel zugerichteten Gendarmen, von denen einer die blutende Nase mit einem Tuch bedeckte, herabstürzten. Sie blickten verblüfft umher und da sie außer dem gut gekleideten Herrn und der Dame niemanden sahen, eilten sie ihnen entgegen. „Guter Gnaden,“ schrie eilig der Erste von ihnen, „haben Sie nicht einen Mann laufen sehen?“

„Aus dieser Thüre?“ fragte Andrej, auf Rochalskij's Haus zeigend.

„Ja, ja!“

„Mit rothem Barre und grauem Hute?“

„Ja, nein — thut nichts! Welchen Weg hat er eingeschlagen?“

„Den Weg.“ Andrej bezeichnede die hinter ihnen liegende Gasse. „Er ist soeben vorbeigelaufen und muß sich bei der ersten Ecke nach rechts gewandt haben. Ihr werdet ihn noch greifen . . . eilt aber schnell . . .“

Sie eilten davon und waren bald außer Sicht.

Sina und Andrej gingen ruhig und ehrbar Arm in Arm weiter. Sie bogen in die erste Straße ein, Sina nahm eine vorüberfahrende Droschke und gab dem Kutscher, von

dem natürlichen Wunsche befeelt, sich so schnell als möglich von dem gefährlichen Orte zu entfernen, die erste beste Adresse an.

Die Gefahr war vorüber. Sie waren in Sicherheit. „Eine unerwartete Strafe,“ sagte Andrej, indem er den populären Ausdruck einer wohlbekannten Komödie entlehnte. Er wollte hier in der Droschke nicht deutlicher sprechen.

„Ja,“ antwortete Sina, „das ist die Strafe dafür, daß Sie sich weigerten, die Nacht bei uns zu bleiben.“

„Strafe! Wo denken Sie hin, Sina?“ konnte sich Andrej nicht enthalten, auszurufen.

„Es ist die Belohnung für mein gutes Betragen. Bedenken Sie nur, was sich morgen um zehn Uhr an demselben Orte zugetragen hätte, wenn ich nicht dorthin gegangen wäre.“

„Sie haben Recht!“ rief Sina aus. „Das hatte ich ganz vergessen. Mein Kopf gleicht in letzter Zeit schon mehr einem Kürbis.“

Andrej meinte, daß die Polizei sicherlich in Rochalskij's Wohnung einen Hinterhalt gelegt hätte und so der größte Theil ihrer Freunde in die Falle gegangen wäre. Sina erhob sich und gab mit lauter Stimme, um das Wagengerassel zu übertönen, dem Kutscher eine neue Adresse an.

Sie kamen bald an eine Straßenecke, und Sina schickte den Wagen fort. „Erzählen Sie mir jetzt, bitte, alles darüber,“ sagte sie, wiederum Andrej's Arm ergreifend.

Andrej erzählte mit wenigen Worten sein Abenteuer, seinen Verdacht, seine Entdeckung und seine Flucht.

„Es ist wahrhaft ein Glücksfall, daß wir dorthin gingen, sagte die junge Frau gedankenvoll. „Wenn man bedenkt, von welchen Kleinigkeiten unser Geschick abhängt! Jetzt müssen wir David oder sonst jemand die Kunde bei den Unfrigen machen lassen, um sie zu warnen. Wir sind

neben David's Wirthshaus. Erkennen Sie den Platz wieder?“

„Nicht im geringsten.“

„Wir nähern uns ihm von einer andern Seite.“ Sie ließ seinen Arm los und trat in einen dunklen Thorweg. Hier nahm sie ihren Hut ab und band ihn in ein weißes Taschentuch. Sie gab Andrej ihren Schirm, nahm ihre Handschuhe ab und bedeckte den Kopf mit ihrem Schawl, indem sie ihn unter dem Kinn nach Art der russischen Bänerinnen zusammenknüpfte.

So kostümirte, mit dem weißen Bündel in der Hand, konnte sie sehr gut für eine junge, hübsche Näherin gehalten werden, die einem Kunden ein Packet in die Wohnung trug.

„Warten Sie hier auf mich,“ sagte sie, „in einer Viertelstunde bin ich zurück. Zeigen Sie mir Ihre Uhr!“

Sina verglich sie mit der ihrigen. „Also drei Minuten vor acht; weder früher, noch später; an demselben Orte.“

„Sie haben Ihre Petersburger Gewohnheiten beibehalten,“ sagte Andrej beifällig.

„Ja. Nichts ist unangenehmer als in's Ungewisse hinein zu warten.“

Sie verschwand in der Dunkelheit.

Andrej verfolgte eine Weile das weiße Bündel in ihrer Hand, dann verschwand auch dies.

Er beobachtete sorgfältig das Haus, und nachdem er den geradesten Weg, den er finden konnte, gewählt hatte, ging er, hin und wieder nach der Uhr blickend, auf und ab. Die Hälfte der Zeit war noch nicht ganz verstrichen, als er umkehrte, um in demselben regelmäßigen Schritte zurück zu gehen. Er kam eine Minute vor der festgesetzten Zeit an.

armeliges Loch in der preussischen Bureaucratie, wohinein man nicht zivilversorgungsberechtigte Unteroffiziere gesteckt. Nun gut: ihr habt euch abgearbeitet bis aufs Blut, Unterkommen zu finden für die Unteroffiziere; ihr habt darauf bestanden, sie dahin zu stecken, wohin sie nicht taugten, sie zu Dingen zu verwenden, wovon sie nichts verstanden; sollte es nicht an der Zeit sein, sie endlich einmal in dem Fach unterzubringen, wovon sie etwas verstehen und wo sie etwas leisten können? Schulmeister sollen sie werden, aber nicht Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern Turnen und Gymnastik sollen sie lehren, das wird ihnen und den Jungen gut thun. Und wenn die Unteroffiziere erst aus der Heimlichkeit der Kaserne und Militärgerichtsbarkeit ans Tageslicht des Schulhofes und des bürgerlichen Strafprozesses versetzt sind, dann, wette ich, bringt unsere rebellische Schuljugend auch dem ärgsten ehemaligen Soldatenschinder Mores bei.

Fr. Engels.

Reichsfinanzen und Militär-vorlage.

Die Militärkommission hat eine Uebersicht über die Finanzlage des Reichs fertig gestellt. Deren Ergebnis für die Militärvorlage geradezu vernichtend ist. Der von der Kommission angenommene Antrag lautet wie folgt:

Die finanziellen Erörterungen der Kommission haben im Wesentlichen folgende Momente ergeben, welche zur Beurteilung der Finanzlage des Reichs in der nächsten Zeit in Betracht kommen:

I. Fortdauernde Mehrausgaben.

- Die Heeresvermehrung nach der Militärvorlage würde außer den dafür in Ansatz gebrachten 64 Millionen Mark eine Steigerung der Pensionslast ergeben, welche nach Erreichung des Beharrungszustandes in etwa 20 Jahren eine Summe bis zu fünf Millionen Mark erfordert, abgesehen von 2 400 000 M. Schuldzinsen im Falle der Bewilligung der einmaligen Ausgaben der Heeresvermehrung;
- Mehrkosten können entstehen durch Schaffung von Feld-Wassendepots zur Entlastung der Kontrolle des Kriegsministeriums über das zunehmende Wassermaterial;
- das Aufhören der Managements an Offizieren von der gegenwärtigen etatsmäßigen Zahl beziehungsweise die Verminderung des Managements an Militärärzten um ein Fünftel der gegenwärtigen Managements bedingt Mehrausgaben zum Betrage von 530 000 M.;
- eine Erhöhung des Bedarfs an Unteroffiziers-Prämien in zu erwarten nach zehn Jahren in Höhe von ca. 585 000 M.;
- eine Erhöhung des Pensionsfonds ist auch abgesehen von der beabsichtigten Heeresvermehrung und abgesehen von den Betriebsverwaltungen für die nächsten fünf Jahre zu erwarten im Betrage von jährlich 2 Millionen Mark;
- eine Erhöhung der Reichszuschüsse zur Invaliditäts- und Altersversicherung wird voraussichtlich im Etatsjahr 1894/95 eintreten im Betrage von 3 900 000 Mark und im Laufe der fünf Jahre 1894—99 im ganzen zum Betrage von 17 200 000 M.;
- die planmäßig eingeleitete Vermehrung des Personals der Marine läßt für 1894/95 und 1895/96 eine Erhöhung der Marine-Ausgaben von zusammen 1 876 000 M. erwarten. Nicht einbegriffen hierin sind die Kosten der Personalvermehrung und Anlaß der im Etat für 1892/93 und nachher bewilligten Schiffsvermehrung. Ebenso wenig sind einbegriffen Mehrkosten in den nächsten Jahren für erweiterte Indienststellungen und für Instandhaltungen aus Anlaß von Schiffsvermehrungen;
- die Schuldzinsen, welche in den Jahren 1888/89 bis 1893/94 um 26 1/2 Millionen Mark gewachsen sind, werden auf Grund bestehender Kreditgesetze oder mit Zustimmung des Reichstages eingeleitete Aufwendungen im Etatsjahr 1894/95 eine weitere Erhöhung um 4 890 000 Mark und demnach noch um 4 200 000 M. erfahren;
- die Ausführung der dem Reichstage vorliegenden Novelle zum Militär-Pensionsgesetz würde, abgesehen von den Belastungen des Reichs-Invalidenfonds, die Ausgaben für Pensionen erhöhen im ersten Jahre um 407 000 M. und in den folgenden Jahren steigend bis zur Erreichung des Höhepunktes nach 20 Jahren im Betrage von 3 Millionen Mark.

Der weiße Fleck erschien wieder, wie es Andrej in der Entfernung dünkte, an demselben Orte und von derselben Größe, wennschon es jetzt nicht das gleiche Packer war. Sina trug wieder ihren Hut auf dem Kopfe und hielt ihr Taschentuch in der Hand. Eine dunkle Gestalt ging ihr zur Seite. Es war David, welcher ihm gratulieren wollte, daß er so glücklich entkommen war.

„Diese kleinen Städte sind zuweilen verflucht heiße Posten“, sagte er lachend, „nur gut, daß Sie sich gleich anfangs die Finger verbrannt haben.“

Sina wiederholte David einige endgiltige Verhaltensregeln, worauf er sie verließ und sich sofort an die Ausführung seines Auftrages machte.

„Ich bin ganz aufgeregt“, sagte sie, als sie allein waren. David berichtete mir noch von einer anderen ganz unerwarteten Verhaftung eines Mannes, der eine angesehenere gesellschaftliche Stellung einnimmt. Ich will Ihre Sicherheit nicht länger solchen Personen anvertrauen. Sie werden bei uns absteigen.“

„Einverstanden! Gehen wir nach Hause.“

„Ja, doch thäten wir besser, erst nach zehn Uhr heimzukehren. Die Straßen sind alsdann ganz ausgelesen und wir werden von niemand bemerkt werden.“ Sie hatten zwei Stunden vor sich, welche sie irgendwo zubringen mußten.

Andrej schlug einen Spaziergang nach dem Flusse vor, sie konnten dann plaudern und die herrliche Nacht genießen.

„Nein“, sagte Sina, wir können den Abend näher zubringen. Wir wollen am Gefängnis vorbeigehen; dies wird Sie der Nothwendigkeit entheben, mit Wassilij hinzugehen. Es ist gut, wenn Sie den Ort bei Nacht beobachten, da die Flucht doch Nachts stattfinden wird.“

Sie schlugen die Richtung zum Gefängnis ein. Dieses war ein großes, vierreihiges, zweistöckiges Gebäude, das eine auffallende hohe Mauer von der übrigen Welt abschloß. Es war von einer breiten, düsteren Fläche, die keine Spur von Vegetation zeigte und von der anderen Seite ans freie Feld stieß, umschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

II. Einmalige Ausgaben:

- Die Heeresvermehrung nach der Vorlage würde neben den in Ansatz gebrachten einmaligen Ausgaben zum Betrage von 67 800 000 M. zur dauernden Unterbringung derjenigen Truppen, für welche eine Unterbringung in Baracken nicht vorgesehen ist, in Kasernen noch 104 690 000 M. erfordern, deren Verwendung im wesentlichen nach zwei Jahren beginnen und etwa in zwanzig Jahren vollendet werden dürfte;
- die Kasernierung derjenigen Mannschaften und Pferde, welche auf der gegenwärtigen Heeresstärke noch nicht kaserniert sind, würde einen Kostenaufwand von 37 Millionen M. erfordern;
- die für die Militär-Verwaltung noch ausstehenden späteren Raten an einmaligen Ausgaben hinter schon bewilligten oder im Etat 1893/94 angeforderten Raten belaufen sich von 1894/95 ab auf im Ganzen 155 744 500 M. Hiervon würden 94 191 719 Mark aus Anleihekredit und 61 552 781 M. aus laufenden Mitteln zu decken sein;
- die für die Marineverwaltung in derselben Weise bereits etatisirten einmaligen ordentlichen Ausgaben erfordern für 1894/95 und später 83 581 650 M. Die auf Anleihekredite schon etatisirten einmaligen außerordentlichen Ausgaben betragen von 1894/95 ab 18 787 000 Mark. Der weiter erforderliche Zuschuß des außerordentlichen Etats ist, nach Angabe der Regierung, für die nächsten fünf Jahre auf 70 Millionen Mark zu schätzen;
- die für 1894/95 und später schon etatisirten einmaligen Ausgaben für das auswärtige Amt, das Reichsamt des Innern, das Reichs-Justizamt und das Reichs-Schatzamt betragen aus den ordentlichen Etat 20 879 050 M. und auf Anleihekredite 13 600 000 M. Dazu kommen auf Anleihekredite für die Eisenbahnverwaltung schon etatisirt 14 569 250 M.;
- Die unter c, d und e angeführten einmaligen Ausgaben werden voraussichtlich innerhalb der fünf Etatsjahre 1894/95—1898/99 zu leisten sein.
- Bei den unter c, d und e genannten Verwaltungen und bei dem Reichs-Eisenbahnamt würden zu einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, bei Zugrundelegung der im Etatentwurf für 1893/94 hierfür vorgesehenen Mittel, für die 5 Jahre 1894/95—1898/99: 339 396 820 M. zur Verfügung bereit stehen, wovon 166 013 481 M. bereits als Fortsetzungsraten z. B. festgelegt sind, während der Rest von 193 383 339 M. unter Voraussetzung der Beibehaltung der gegenwärtigen Deckungsmethode zur Befriedigung von entstehenden einmaligen Ausgaben verfügbar bliebe.

III. Winderausgaben:

Solche sind zu erwarten bei den Unterstärkungen aus Anlaß von Friedensabgaben und zwar für die nächsten drei Jahre rund 500 000 M. und für den Schluß der fünfjährigen Periode in Höhe von rund 160 000 M. jährlich.

IV. Mehreinnahmen

bei den eigenen Reichseinnahmen auf Grund bestehender Gesetze sind zu erwarten durch Verminderung der Zuckerausfuhrprämien und zwar pro 1895/96 in Höhe von 800 000 M., pro 1896/97 im Betrage von weiteren 1 450 000 M., pro 1897/98 erhöht sich diese Mehreinnahme um 1 450 000 M. und pro 1898/99 noch um 7 200 000 M.

V. Das zweitfolgende Etatsjahr 1894/95

gestaltet sich gegen den vorliegenden Etat pro 1893/94 ungünstiger dadurch, daß das Jahr 1892/93 nicht wie das Jahr 1891/92 mit einem Ueberschuß von 4 147 282 M., sondern voraussichtlich mit einem Defizit von 6 000 000 M. abschließt. Dazu wird das Etatsjahr 1894/95, abgesehen von Mehrausgaben für die Marine (vgl. sub I g) und aus Anlaß verminderter Managements im Heere (vgl. sub I c), in jedem Fall mehr zu decken haben an Ausgaben der Invaliditätsversicherung 900 000 M., an Ausgaben des Pensionsfonds 2 000 000 M. und an Schuldzinsen 4 890 000 M.

VI. Im Allgemeinen

wird noch folgendes bemerkt: In den vorstehenden Berechnungen sind solche Mehrausgaben nicht erwähnt, welche sich in der Folgezeit aus der Gewöhnung von Besoldungsverbesserungen, aus der Zunahme der Bevölkerung, aus wechselnden Preisverhältnissen und aus etwa neu hervortretenden Bedürfnissen für die einzelnen Verwaltungszweige ergeben könnten.

Steigende Erträge bei den dem Reiche verbleibenden Einnahmen lassen sich nach Angabe des Reichsschatzamts, abgesehen von den unter IV erwähnten, aus der Zuckerausfuhr nach gesetzlicher Bestimmung folgenden Mehreinnahmen mit Sicherheit nur berechnen nach dem Durchschnitt der Vorjahre bei den Ueberschüssen der Betriebsverwaltungen im Betrage von jährlich 767 703 M. und bei der Salzsteuer im Betrage von jährlich 684 929 M.

Etwaige Mehreinnahmen der Einzelstaaten gesetzlich überwiesenen Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchsabgaben und Stempelsteuern können für den Zweck dieser Erörterungen um so weniger in Betracht gezogen werden, als dieselben in Einnahmen und Ausgaben nur durchlaufende Posten sind und deren Ausbarmachung für die Reichskassen nur mittelbar und zwar durch Erhöhung der Matricularbeiträge der Einzelstaaten erfolgen könnte.

Sämmtliche in dem Antrag angeführten Zahlen sind von der Regierung als zutreffend anerkannt.

Deutscher Michel, läßt Du Dir diesen Mühlstein an den Hals hängen?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. März.

Aus dem Reichstage. Die Wahlprüfungs-Kommission (Berichterstatter Bruhn) beantragt, die Beschlußfassung über die Wahl des konservativen Oberpräsidenten Grafen zu Stolberg-Bernigerode (Neuwahl am 18. November 1891, 10. Wahlkreis des Regierungsbezirks Königsberg) auszusprechen und den Reichskanzler um Erhebung einer Reihe von Beweisen zu ersuchen.

Die Verjüngung der Militärvorlage. Daß die Regierung die Verhandlungen möglichst hinauszuziehen will, wird von niemandem mehr bezweifelt. Und die Richtigkeit unserer Ansicht, daß die Regierung um jeden Preis eine Auflösung zu vermeiden sucht, wird jetzt sogar von fortschrittlicher Seite zugestanden. Herr Eugen Richter, dem jeder höhere Gesichtspunkt und darum der Ueberblick fehlt, hat sich wieder einmal als recht schlechter Taktiker erwiesen. Durch seinen täglichen Auf: Es wird aufgelöst! hat er der Regierung, welche mit gutem Grund die Wähler mehr fürchtet, als die Abgeordneten, das Spiel erleichtert und die Wähler nach Möglichkeit abgehalten, dahin zu blicken, wo die wirkliche Gefahr ist, nämlich auf ihre Herren Reichsboten.

„Wie es gemacht werden soll“ — das zeigt sich in immer deutlicheren Umrissen. Fraktionen können nicht leicht „umfallen“, aber „Einzelne“; es soll „Einzelnen

die Uebergewinnung beigebracht werden, daß die Militärvorlage von nöthen ist.“ Natürlich handelt es sich zunächst um die „Einzelnen“ des Zentrums. Allein auch auf andere „Einzelne“ ist's abgesehen; z. B. auf Fortschrittliche. Wollen sie nicht für die Vorlage stimmen, so können sie sich ja „abkommandiren“ lassen — womit der Regierung gleichfalls gedient ist. Auf's „Abkommandiren“ versteht man sich ja in diesen Kreisen.

Demut — es wird mehr als je kompromittiert, geschächert und gemogelt. Und mehr als je haben die Wähler Ursache, auf der Hut zu sein, und namentlich ihren Abgeordneten auf die Finger zu sehen! —

Im preussischen Abgeordnetenhaus tabelle der nationalliberale Abg. Hammacher bei der Berathung des Eisenbahn-Etats, daß die Verwaltung die Löhne der Arbeiter zu hoch halte. Der Staat müsse als Arbeitgeber ebenso wie der Privatkapitalist den Lohnbrücker machen, sonst schädige er die Privatindustrie. Auch der freisinnige Abg. Brömel stimmte dem Abg. Hammacher bei. Man sieht, welche herrliche Harmonie in den Reihen der Bourgeoisie, ob sie rechts oder links steht, herrscht, wenn es gilt Front zu machen gegen Jeden, auch den Staat, der ihnen bei der Ausbeutung der Arbeiter hinderlich ist. —

Schutz — den Standesherrn! Man sage nicht, daß Herr Miquel keine Sozialpolitik treibe. Aber die urwüchsige Kraft seiner staatsmännischen Gaben bewährt sich an Gegenständen, die fernab liegen von dem Betriebe des elenden frohnenden Pöbels. Seine Einkommensteuer-Gesetzgebung gipfelte in der rühmlichen Fürsorge zu Gunsten der enterbten Reichsunmittelbaren, und mit verständnißvollem Eifer billigte Landtag und Regierung den nothleidenden Millionären des Urabels große „Entschädigungen“ zu, dafür, daß sie endlich nach ach! wie langem Mißbrauch ungesetzlicher Vorrechte steuerpflichtig wurden, wie die große Masse der Bürger. Doch was ist des Finanzministers Herz für ein fröhlich und verzagtes Ding! So sorgt er unablässig für die Bedrängten, und die Steuerreform schweigt aus allen Poren den Standesherrn Schutz. In eine Vorlage nach der anderen schlüpft so eine „Krause“ durch, unbemerkt von der großen Öffentlichkeit und leider ungerügt von der Presse; die Kommission und die Subkommission des Abgeordnetenhauses drehelt und glättet die Bestimmung, und so geschieht es, daß auch in das neueste Nachwerk Miquel'scher Steuerkunst ein köstliches Privileg der Standesherrn mit eingeschmuggelt worden ist, daß dieses Privileg auch fortan dem „gleichen Recht für Alle“ zum Trotz verewigt werden soll. Urtheilt selbst! Der von der Regierung dem Landtage vorgebrachte Entwurf des Kommunalabgaben-Gesetzes enthält in dem die Steuerfreiheit behandelnden § 33 folgende Schlußbestimmung:

„Unberührt bleiben die gesetzlichen Bestimmungen über die Beitragspflicht der vormalig kurhessischen Standesherrn zu den Gemeindefiscalen.“

In den Motiven (S. 57) heißt es: „Die Beitragspflicht der vormalig kurhessischen Standesherrn zu den Gemeindefiscalen ist durch § 30 des kurhessischen Edicts über die besonderen Rechtsverhältnisse der kurhessischen Standesherrn vom 29. Mai 1833 (Kurhessische Gesetzsammlung S. 119) geregelt.“ Was that die Subkommission? In der Furcht des Herrn“ beschloß dieser landtägliche Fridolin, dem Schlußsatz des § 33 folgende Fassung zu geben (S. 27):

„Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, gemäß welcher Standesherrn und deren Familien von Beiträgen zu den Gemeindefiscalen befreit sind, bleiben — unbeschadet der Vorschriften der §§ 17, 17a des gegenwärtigen Gesetzes — unberührt.“

Die Landboten haben dieses Privileg noch weiter gefaßt, doch wohl für den Fall, daß außer den kurhessischen Reichsunmittelbaren noch irgendwo andere „Edelste“ sitzen, die dieser Steuerfreiheit theilhaftig werden können. Während die große Masse bluten muß bis auf's Weiße, werden die Reichsten der Reichen durch die Kammer und die Regierung mit einem Steuerprivileg beschenkt, das ein Dohn auf die Verfassung und natürlich aufs beste geeignet ist, die „Zufriedenheit“ der kleinen Leute zu festigen und zu erhalten. Wenn der Kaiser jüngst in einer Tischrede gesagt hat, er hoffe es dahin zu bringen, daß es ihm gelinge, „einen Zustand zu schaffen, mit dem alle die zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen“, so wollen die Arbeiter zufrieden sein, wenn ihr Programm verwirklicht ist. Wenn aber die Minister Wilhelms II. den Standesherrn derartige unerhörte Vorrechte erhalten und verewigen, so wird es selbst denen, die mit dem beschränkten Unterthanenverstand begabt sind, unmöglich, zufrieden sein zu können, selbst wenn sie wollen! —

Zum „Unfittlichkeitsgesetz“. Prüde ist die „Kölnische Volks-Zeitung“, die für die geheime Berathung der lox Heinge im Plenum des Reichstags eintritt. Das Kölner Blatt schreibt: „In der That sind in den langen Verhandlungen der Kommission die schwärzesten Nachtseiten unserer „modernen Kultur“ in einer solchen Weise zu Tage getreten, daß schon der Gedanke angeregt wurde, die Verhandlungen über die Kommissionsbeschlüsse im Hause unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Gewiß haben diejenigen Schichten unserer Gesellschaft, welche durch die Öffentlichkeit bloßgestellt werden würden, nicht den mindesten Anspruch auf Schonung und Rücksicht. Indessen giebt es glücklicherweise auch noch weite Schichten, welche von solchen Dingen keine Ahnung haben und an einer öffentlichen Verhandlung aller hier einschlagenden Dinge mit Recht Anstoß nehmen könnten.“ Es versteht sich, daß die Besprechung des reaktionären Nachwerks, das sich lox Heinge nennt, in voller Öffentlichkeit stattfinden muß. — Das Volk hat ein lebhaftes Interesse daran, die Muder und Mordthaten an der Arbeit zu sehen. —

Reiche und arme Dissidentenkinder. Zweierlei scheint in Sachen des bekannten Jeddighischen Erlasses, betreffend den Religionsunterricht der Dissidentenkinder, Anwendung finden zu sollen. In einer an die Provinzial-Schulkollegien gerichteten Verfügung erklärt Herr Boffe, daß die Bestimmungen dieses Erlasses, da derselbe den allgemeinen gesetzlichen Schulzwang zur Voraussetzung nehme, auf die Schüler höherer Lehranstalten nicht ohne weiteres An-

wendung finden könne. Falls Dissidenten für ihre höhere Schulen besuchenden Kinder Dispensation vom Religionsunterrichte nachsuchen, soll jedes einzelne Gesuch dem Minister unterbreitet und dessen Entscheidung darüber eingeholt werden, in wie weit demselben mit Rücksicht auf die erzieherische und unterrichtliche Aufgabe der Schule Folge zu geben ist. Die „Germania“ bemerkt zu diesem Rundschreiben: „So wenig wie mit dem Erlaß vom 6. Januar 1892, ebenso wenig können wir uns mit der neuerlichen Verfügung des Kultusministers einverstanden erklären, und zwar aus dem prinzipiellen Grunde, weil das, was den Elementarschulen in Bezug auf Religionsunterricht „recht“ ist, den höheren Lehranstalten „billig“ sein muß. Es macht einen peinlichen Eindruck, daß den dissidentischen Vätern, welche das Geld dazu haben, ihre Söhne auf höhere Lehranstalten zu schicken, eine Dispensation derselben vom Religionsunterricht seitens des Kultusministers gewährt werden kann, während für die Volksschule allgemein in der Zwang bestehen bleiben soll.“ Das Urtheil der „Germania“ trifft in's Schwarze. Es versteht sich am Rande, daß jener bedürftige Erlaß, den Herr Bosse unbefehlig übernommen hat, fallen muß, weil er die Kennntnisfreiheit illusorisch macht. Jedenfalls kennzeichnet jene Bosse'sche Verfügung die zarte Rücksichtnahme auf die kapitalistischen Kreise, denen auch in dieser Frage eine Extraruff gebraten wird. —

Die Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten sind seitens des Reichsversicherungsamtes für Ende dieses Monats zu einer Konferenz hierher eingeladen worden, in welcher einige auf die weitere Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes bezügliche Fragen gemeinsam erörtert werden sollen. —

Nationalliberales Wolkensukufheim. Aus dem Umstande, daß der Kaiser eine Tischrede mit den Worten schloß: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“, schließt die „National-Zeitung“, daß die Stimmung des Kaisers sich in Bezug auf den „Urheber jenes Worts“ gebessert habe. Aber der Ex-Kanzler war ja gar nicht der Urheber, sondern nur der Plagiator dieses uralten Worts, das überdies in die Reihe der rednerischen Allgemeinplätze gehört. So treiben die „realpolitischen“ Mannesjeden Politik, und zwar „staatsmännische Politik“. —

Den Pabstjubiläums-Schwärmern ins Stammbuch. Einer unserer Leser, den die überschwänglichen Berichte über den jüngsten Wundmensch in Rom geärgert haben, schickt uns nachstehendes Zitat aus Viktor Jehn's „Italien“, 8. Aufl. Berlin 1887, S. 126 f.:

„Man bedenke, wie dies wahrhaft adelige Volk Roms seit mehr als drei Jahrhunderten behandelt worden ist. Der christliche Staat bezog alles auf den Himmel, und die Betheile war ihm nicht antwortlich. Wer hatte, gab Almosen; wer nichts hatte, empfing an den Thüren der Klöster den Abhub der Tafel feister Mönche; emporkommen, sich fortbeweisen konnte niemand, als durch schändliche Dienste. Der offene Zutritt war überall bewacht und verperrt, wer vordringen wollte, suchte schleichend den Einlaß durch die Hintertür. Arbeit und Reiblichkeit führten nicht zum Ziel, wer hätte diesen vergeblichen Weg einschlagen sollen? Der Krüppel, der an der Schwelle der Kirche lag und mit erbärmlichem Jammer die Schöße der Herausstretenden fappte, bezog aus seiner Würde oft ein reicheres Einkommen, als der sich mühende Handwerker. Anschluß an einen Mächtigen war erster Grundfah der Lebensflucht, alles Trachten darauf gerichtet, die Gunst eines Kardinals, die Gönnerschaft eines Prälaten zu erwerben; der Schilling eines Bornehmen oder auch nur seines Geheimsehreibers oder Haushofmeisters war der Noth und Sorge überhoben, er gewann seinen Prozeß und blieb straflos, wenn er ein Verbrechen begangen. Wer eine schöne Frau oder Tochter oder Schwester besaß, die die Aufmerksamkeit der Späher eines Monignore oder gar einer Eminenz erregte, der kaufte sich bald ein Haus oder eine Villa und verachtete die armen Teufel seiner früheren Bekanntschaft, die zu Fuß gingen. Jenseits er nur nicht an den Lehren der heiligen Kirche und war er vor aller Augen eifrig in den Lehungen, die sie vorschrieb, so erhielt er im übrigen für seine Rehtritte leicht im Reichthum den Ablass. Da die Greise, die den päpstlichen Thron bestiegen, nur kurze Zeit zu regieren pflegten, mit jedem neu Erhobenen aber eine neue Szene mit neuen Ausichten sich öffnete, so hoffte jeder, dem es heute nicht gelungen, am morgen; rascher Gewinn war die Lösung und das Leben ein Glückspiel, bei dem es nur dem Edlen, dem Trächtigen nicht wohlging. Der theokratische, auf das Jenseits gerichtete Staat schloß überhaupt bürgerliche Tugenden, sittliche Tugendethik von selbst aus; nachdem er seit der Gegenreformation, also mehr als drei Jahrhunderte lang, über dieser Stadt und dem umliegenden Lande gemalt, mußte er in der unglücklichen Verwilderung, die er wie eine riesige Schlange mit seinen Knoten umwunden hielt, alles ausrotten, was ein Volk groß macht, den Stolz und die Selbstachtung, Gemeinfinn und Freude an Thätigkeit, Muth der Unternehmung, den weiteren Blick, das Vertrauen auf die eigene Kraft — und auch das Gold, das aus allen Ländern, von jenseit der Berge und des Meeres, den Truben der päpstlichen Schatzkammer zufließt, konnte wohl einzelne, große Denkmäler herozugubern, hinterließ aber die Menge hilflos und gedrohen und häuften nur den Schmutz und die Lumpen.“

Apropos Herr Bachem, da haben Sie Ihren „Zukunftstaat“! —

Zur Maiseier in der Schweiz schreibt man uns: Wie im Vorjahre die Berner Genossen im Auftrage der sozialdemokratischen Partei, des schweizerischen Grüttlivereins und des Gewerkschaftsbundes innerhalb eines bestimmten Rahmens die Maiseier für das ganze Land einheitlich arrangirten, so ist das gleiche auch für die bevorstehende Maiseier 1893 geschehen. Das von den Berner Genossen mit der Durchführung dieser Aufgabe betraute Zentralkomitee erläßt in der Parteipresse einen Aufruf an alle Arbeitervereine der Schweiz. Es heißt darin:

„Am 1. Mai jeden Jahres soll die Arbeiterschaft zu Stadt und Land öffentlich zusammentreten, um ihren ernsten Willen, sich Besserung ihrer Lage zu eringen, zu bekunden und sich für dieses Streben gegenseitig zu stärken und zu ermuntern.“

„Nicht überall kann das frei geschehen. Wo Gesetze und Behörden freien Kundgebungen des Volkes feindlich gesinnt sind und in Folge dessen die volle und ganze Feier des 1. Mai zu ersten Konflikten mit den öffentlichen Gewalten führen müßte, da begriff es sich, daß die Leiter der Arbeiterbewegung lieber der entgegenstehenden Gewalt sich fügen, um nicht den ganzen ungehörigen Fortgang und Erfolg der Bewegung zu gefährden.“

„Denn das wollen wir auch am 1. Mai nicht vergessen, daß die Arbeiterbewegung da am stärksten und ihren Segnern am sichtbarsten ist, wo sie auf gesetzlichem Boden ruhig, aber energisch und unaufhaltsam vorschreitet und keine Wägen bietet, an denen ihre Feinde auch nur mit einem Schein von

Recht sie packen können, um die noch in ihren Händen befindlichen Gewaltmittel der Uebermacht auf sie loszulassen. Wir begreifen daher insbesondere den Widerstand, den die deutsche sozialdemokratische Parteileitung der vollen Maiseier entgegensetzt. Wir wollen den betreffenden Genossen es dabei nicht nicht zum Vorwurfe machen — im Interesse der allgemeinen Sache nicht —, daß sie ihr Verhalten auch durch theoretische Scheingründe zu rechtfertigen versuchen, wie den: es sei das Wirken bei Wahlen mit dem Stimmzettel ungleich wirksamer für die Partei als eine Demonstration. Als ob nicht gerade für das politische Wirken Lage der Sammlung aller Kräfte aus weitesten Kreisen zu gemeinsamer öffentlicher Kundgebung ihres Strebens und gegenseitiger Anfeuerung und Begeisterung für gemeinsame Ziel-punkte, von höchster Wichtigkeit wären! —

Bei uns im Schweizerlande hat das Volk die volle politische Freiheit, seinen Willen in öffentlicher Versammlung und Demonstration jeder Zeit kund zu geben und die Achtung vor dieser unserer Volksherrschaft ist in der öffentlichen Meinung so eingewurzelt, und sie ist so sehr ein integrierendes Bestandtheil unseres Volkslebens geworden, daß von wenigen Ausnahmen niedrig denkender Bürger abgesehen, auch die ökonomische Abhängigkeit sich an solchen Tagen nicht in erheblichem Maße geltend zu machen vermag.“

„Auf darum, ihr schweizer Arbeiter! Laßt uns auch dieses Jahr zur schönen Frühlingszeit, wo die ganze Natur den winterlichen Bann bricht, der auf ihr gelastet hat, wenigstens an einem Tage zeigen, daß wir freie Männer sein wollen, trotz aller ökonomischen Knechtschaft, der wir sonst heute uns noch fügen müssen. Das wird uns die beste Gewähr dafür sein, daß mit der Zeit und durch unsere ausdauernde, muthige Arbeit auch die letzten Fesseln noch springen werden, die uns gebunden halten.“

„Bohrhaftig, es stünde schlecht um unser Land, und kein freier Schweizer sollte jemals mehr das Gewehr zu dessen Verteidigung ergreifen, wenn wir es ein Wagniß nennen müßten, bei uns an einem frei gewählten Tage des Jahres ein so bedeutungsvolles Fest in der Weise zu feiern, wie es seine Bedeutung und unsere heilige Ueberzeugung von seinem hohen Werthe für das Wohl unseres ganzen Volkes verlangen.“

87 000 Bürger in 44 schweizerischen Ortshschaften haben letztes Jahr gleichzeitig und übereinstimmend den Tag der Arbeit ernst und festlich begangen und ihre Wünsche und Hoffnungen den berufenen Vertretern des Volkes, den eidgenössischen Räten, in bestimmter Form übermitteln.“

„Aber es ist ein harter Boden, der die erstrebten Früchte bringen soll und wenn auch einiges schon durch die Kraft der organisirten Arbeiterschaft ihm abgerungen werden konnte und insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit im Laufe des verfloffenen Jahres da und dort erfreuliche Fortschritte gemacht hat, so müssen wir doch immer von neuem wieder ansetzen und dürfen wir keine Gelegenheit außer Acht lassen, unsere Reihen politisch zu stärken, um vermöge unserer Volksherrschaft uns wirksam selber helfen zu können, wo die Behörden unseren gerechten Forderungen gegenüber taube Ohren zeigen.“

„Möge daher auch dieses Jahr wieder die schweizerische Arbeiterschaft am 1. Mai in Masse sich erheben und ihren Willen kund thun vor allem Volke!“

„Dazu rufen wir Euch, werthe Genossen, heute schon auf. Macht Euch bereit für den 1. Mai, auf daß dieser Tag wieder zu unserer Ehre, zur kräftigen Förderung unserer Ziele u. zum Fortkommen des ganzen schweizerischen Volkes gefeiert werde!“

Die in dem Aufrufe erwähnten angeblichen theoretischen Scheingründe der deutschen Sozialdemokratie waren, so weit sie auf dem Berliner Parteitag den Ausschlag gaben, sehr realer Natur. Und wir halten uns, gestützt auf die Erfahrungen von 1890 und 1891 — 1892 war der 1. Mai bekanntlich ein Sonntag — überzeugt, daß die Maiseier der schweizerischen Arbeiter 1893 trotz des begeisterten und begeisterten Auftrages des Berner Zentralkomitees in der Hauptsache nicht anders verlaufen wird, als die der früheren Jahre und nicht anders als in Deutschland unter dem Einflusse der Parteitagbeschlüsse. Die Arbeiter, die in der Schweiz am 1. Mai d. J., als an einem Wochentage, feiern werden — leider! — weit hinter den 87 000 Demonstranten von 1892 zurückbleiben, da eben die wirtschaftlichen Gründe, die in Deutschland von der Arbeitruhe absehen ließen, in der Schweiz ebenfalls bestehen.“

(Die deutsche Sozialdemokratie ist ebenso gut wie die Verfasser des Berner Aufrufs für die volle Maiseier, sie ist aber dem Schein und „Scheingründen“ abhold und erklärt deshalb keinen Aufruf zur allgemeinen Arbeitruhe am 1. Mai; denn sie weiß, daß unter den obwaltenden Umständen nur ein unzulänglicher Bruchtheil der Arbeiter, ohne sich und die Partei schwer zu schädigen, dem Rufe folgen kann. Der 1. Mai — davon dürfen unsere schweizer Genossen überzeugt sein — wird von der deutschen Sozialdemokratie einmüthig, voll und imposant gefeiert werden, und die deutsche Feier wird hinter der keines Landes zurückstehen. Red. d. W.)

Aus der Schweiz. Der 25 Mitglieder zählende Vorstand des schweizerischen Arbeiterbundes hat am Sonntag in Zürich seine Jahresversammlung abgehalten, in welcher unter anderem beschlossen wurde, den alle zwei Jahre stattfindenden schweizerischen Arbeitertag dieses Jahr für den Ostermontag nach Biel einzuberufen. Auf die Tagesordnung wurden folgende Punkte gesetzt: Kranken- und Unfallversicherung, obligatorische Berufsgenossenschaften (Referenten Nationalrath Favon in Genf und Keimann in Biel, letzterer Redakteur des „Arbeiter“, internationaler Arbeiterschutz (Referent Nationalrath Decurtius) und Organisation der Gesetzgebung betreffend Eisenbahnangestellte. Das Arbeiterssekretariat soll erweitert werden, jedoch nicht nach Sprech- und Handwerksgruppen, sondern nach großen nationalen Industrien. —

Die Fortsetzung des Panama-Kanals, welche in Frankreich von einigen Schwindlern geplant und von einigen Schwärmern für möglich gehalten ward, erklärten wir sofort, als der Plan auftauchte, für einfach unmöglich. Genau in Uebereinstimmung mit unseren damaligen Ausführungen schreibt jetzt ein französischer Ingenieur, der sich an Ort und Stelle begeben, dem „Figaro“, der eine Zeit lang für die Fortsetzung eintrat: die vorhandenen Maschinen, fertigen Arbeiten u. s. w. hätten allerhöchstens noch einen Werth von 800 Millionen Franks, wahrscheinlich noch viel weniger, und zur Herstellung selbst nur eines Schleusenkanals seien noch mindestens 1050 — tausend und fünfzig — Millionen nötig.“

Wer Geld überflüssig hat, wirft es also besser zum Fenster hinaus, als nach Panama. —

Auf eine freche Frage eine kurze Antwort. Die „Germania“ will in ihrer christlichen Liebe dem „Vorwärts“ einen Panamisten an die Rockschöße hängen: den „Juden Hirsch“, Herausgeber der täglichen Pariser Korrespondenz, angeblich persönlicher Freund Dieblwacht's, und angeblich mit einem Panamatrinkgeld von 9400 Franks bedacht.

Wir kennen keinen „Hirsch“, Herausgeber der täglichen Pariser Korrespondenz; und — jeder, der Panama- und sonstige Trinkgelber annimmt, ist in unseren Augen ein Schuft, mit dem ein Sozialdemokrat nichts zu thun haben kann. Vermag die „Germania“ von sich und ihrer Partei dasselbe zu sagen? — Und da von Schwindel die Rede ist, kennt die „Germania“ nicht einen gewissen Bontouxschwindel, der ebenso schmutzig war, wie der Panamashwindel, und der von lauter Partei- und Religionsgenossen der „Germania“ in Szene gesetzt ward? —

Soziale Ueberlicht!

Achtung, Mäntelnäherinnen!

Am Montag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr, findet in Hoffmann's Festsaal, Oranienstr. 180, eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher die Mäntelnäherinnen, aus deren Kreisen schon oft der Wunsch zur Erörterung ihrer elenden Lage laut geworden ist, ganz besonders eingeladen sind. In dieser Versammlung wird die Kollegin Frau Keimann über die Zustände in der Berliner Mäntelkonfektion ein genaues Bild entrollen und den Weg angeben, der beschritten werden muß, um zu menschenwürdigen Zuständen zu gelangen. Es ist daher Pflicht aller in dieser Branche beschäftigten Arbeiterinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Zugleich geben wir hiermit bekannt, daß es fortan auch den Berufskolleginnen leicht gemacht ist, sich der Organisation anzuschließen, indem der letzte Verbandstag beschlossen hat, das Eintrittsgeld für weibliche Mitglieder auf 15 Pf. und den wöchentlichen Beitrag auf 5 Pf. herabzusetzen. Für diesen Betrag wird die wöchentlich erscheinende Fachzeitung gratis geliefert. Neue Mitglieder werden, außer in der Versammlung, täglich im Arbeitsnachweis, Schützenstr. 18—19, aufgenommen, ferner Montags Abends von 8—10 in Noabit bei Hermer Schmidt, Verlebergerstraße 28a, sowie bei Seefeldt, Grenadierstr. 33, desgleichen des Mittwochs Abends von 8—10 Uhr bei Plog, Annenstraße, und Sonnabends Abends von 8—10 Uhr bei Freygang, Schützenstraße 18—19.

Die Lokalverwaltung
des Verbandes deutscher Schneider
und Schneiderinnen.
Im Auftrage: G. Möbius.

Achtung! Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Da bei den stattgehabten Delegirtenwahlen fast unsere sämtlichen Kandidaten als gewählt hervorgegangen sind, ist unterzeichnete Kommission der Ansicht, daß sich die Delegirten mit der Mitgliedschaft noch näher in Verbindung zu setzen haben, um bei der nächsten Generalversammlung betreffs der zu unternehmenden Schritte den Wünschen der Mitglieder Rechnung tragen zu können. Es findet zu diesem Zweck am Sonntag, den 6. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, im „Fest-Palast“, Burgstr. 22, Eingang Wolfgangstraße, eine öffentliche Versammlung von weiblichen und männlichen Mitgliedern statt. Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen, um seine Interessen vertreten und den Delegirten etwaige Wünsche mit auf den Weg geben zu können. Sämtliche Delegirte und Vorstandsmitglieder, sowie der Krankenkassenkontrollleur Herr Holzmann werden um ihr bestimmtes Erscheinen ersucht. Alles Nähere siehe Inserat in der Sonnabend-Nummer des „Vorwärts“.

Die Krankenkassen-Kommission gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.

J. A.: Otto Bleich, Sorauerstraße 5, II.

An alle Stellmacher Berlins und Umgegend.

Kollegen! Die in unserem Gewerbe herrschenden Verhältnisse drängen uns, Euch an Eure Pflicht, der Organisation beizutreten, zu erinnern. Fast ein Drittel unserer Kollegen ist arbeitslos und die übrigen können, wie jedem bekannt ist, trotz angestrengtester Arbeit kaum soviel verdienen, als zum Fristen der Existenz erforderlich ist. Diesen traurigen Zuständen einigermaßen abzuhelfen, steht sich die Gewerkschaft zum Ziel. Bessere Arbeitsbedingungen sind aber nur zu erreichen, wenn sich alle Berufskollegen der Organisation anschließen, und gemeinsam gegen die Uebergriffe des Unternehmertums Front machen. Am die Kollegen nun mit den Bestrebungen der Organisation vertraut zu machen, findet am Sonntag, den 6. März, in der Rosenthalerstraße 38 eine öffentliche Versammlung, in welcher u. a. auch der Arbeitsnachweis, der bekanntlich von der Mulackstraße verlegt ist, zur Sprache gebracht wird. Es ist daher auch in Rücksicht auf diese Angelegenheit erforderlich, daß die Stellmacher Berlins Mann für Mann am Platze sind.

Die Beauftragten.

Im Prozeß gegen die Führer der Vergleute wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuchs, wobei auch der Drucker und das Scherpersonal der „Vergleuter-Zeitung“ angeklagt sind, hat die Staatsanwaltschaft zu Essen einen Steckbrief gegen den Drucker, Herrn Werdelmann, erlassen. Der Steckbrief hat nun an die königl. Staatsanwaltschaft zu Essen ein Schreiben folgenden Inhalts gesandt: „An die königliche Staatsanwaltschaft zu Essen! Wie ich aus einer Notiz der „Wattenscheider Zeitung“ vom 18. d. M. Nr. 42 ersehen, ist gegen mich ein Haftbefehl erlassen. Sehe mich aus diesem Grunde veranlaßt, einer königl. Staatsanwaltschaft durch Gegenwärtiges mitzutheilen, daß ich mich den bestehenden Gesetzen genügend, aber nicht gefonnen bin, durch eine längere Untersuchungshaft meinen Körper zu ruinieren, welches ich im Jahre 1891 durchgemacht, wo ich neun Tage in Haft gezogen, ohne daß später gegen mich Anklage erhoben werden konnte und ich nachher drei Monate am Lypus krank darnieder lag. Ueber die Uebertretung, welcher man mich z. Z. beschuldigt, werde im Termin Rechenenschaft geben und pünktlich erscheinen; ersuche eine königliche Staatsanwaltschaft den Tag der Verhandlung baldigst bestimmen zu wollen. Watten-scheid, den 19. Februar 1893. Achtungsvoll Theodor Werdelmann.“

Wie jammervoll es um die Volksschule in jenen Gegenden bestellt sein mag, in denen die Junker das Regiment führen, das läßt sich aus folgender Mittheilung der „Preussischen Lehrerzeitung“ ahnen: Freiherr v. Winnigerode, ein Führer der Konservativen, besitzt in Hinterpommern das Gut Viartlum. In diesem Dorfe befindet sich eine einklassige Schule mit etwa 80 Kindern. Der Lehrer wohnt jetzt mit dem Schäfer unter einem Strahdach. Die Wohnstuben beider sind nur durch eine dünne Lehmvand getrennt, so daß der Schäfer bei einiger Aufmerksamkeit hört, was beim Lehrer passiert und umgekehrt. Die Lehrerwohnung besteht aus zwei kleinen Unterstuden (eigentlich ist die eine nur eine Kammer zu nennen), die von einem Ofen geheizt werden. Der Raum ist so beschränkt, daß ein Lehrer mit Familie dort kaum existieren kann. Auch sonst sind die Verhältnisse in Viartlum für einen Lehrer nichts weniger als verlockend.

Wenn im Nachtriede sogar eines Führers der Konservativen noch nicht einmal für eine ordentliche Lehrerwohnung gesorgt ist, wie mag es erst dort um die Schulverhältnisse stehen, wo die Konservativen gewöhnlichen Schläges schalten und walten!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 3. März.
Opernhaus. Bajazet. (Pagliacci.)
 Vorher: Djamilch.
Schauspielhaus. Basantafena.
Kessing-Theater. Heimath.
Deutsches Theater. Der Lakon.
Berliner Theater. Die Danische.
Residenz-Theater. Familie Pont-Biquet. Vorher: Gläubiger.
Wallner-Theater. Der Fall Glémenceau.
Apollo-Theater. Geschlossen.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Neues Theater. Lofa.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Don César.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Eulenspiegel, oder: Schabernack über Schabernack.
National-Theater. König Ottokar's Glück und Ende.
Alexanderplatz-Theater. Komtesse Julie.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Gärten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 69. Male:
Modernes Babylon.
 Gefangenspeise in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Göhrs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Novität! Novität!
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Klemm - Ede. - Martin Bondix.)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Bauchredner.
 Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
Letzte Woche!
 Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili,
 kleinfl. lebend. Elefant d. Welt,
 Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.
 Grosses Konzert.
 Täglich ohne Extra-Entree.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Vollständig neues Programm.
 Tom. Belling, Original-August.
 Truppe Hugoston, Akrobaten.
 Kolling Müller, Wasserfünfler.
 The Matinos, Excentrics.
 Geschw. Taclau, Duettstimmen.
 Heinar. Bondor, Humorist.
 Martha Ventura, Kostümbouquetten,
 sowie sammtl. engag. Spezialitäten.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
 Freitag, den 3. März 1893,
 Abends 7 1/4 Uhr:
Auf allseitiges Verlangen
 6. Wiederholung
 der Gala-Fest-Vorstellung
 vom 27. Januar.
Gr. Fest-Aufzug
 1. Festreigen der Edel Damen u. Ritter,
 2. Militärisches Divertissement (Gegenwart). Zum Schluss:
Ein Künstlerfest.
 Große Ausstattung-Pantomime vom Hofballetmeister Siems. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Neue Einlage mit überraschenden Licht- und Wassereffekten. Ballet v. 100 Damen. Grosser Blumen-Corso. Brillant-Feuerwerk.
 Ferner: **Mr. James Filla** mit dem Schulpferde Markir. Die Equilibristen Marietta und Belloni in ihren wundervoll dress. Kadavus etc.
 Sonntag: 2 große Vorstellungen. Um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei): „Die Touristen“. — Abends 7 1/4 Uhr: „Ein Künstlerfest“.
 Billet-Borverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidenten“, Marktgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger
 sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Zwei Säle
 zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
 Täglich: **Instrumental-Konzert.**
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Pakenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
 In **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß am 1. März früh 7 1/2 Uhr meine liebe Frau **Agnes Liebich** geb. Köhler verstorben ist.
 Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 3 1/2 Uhr auf dem St. Markus-Kirchhof zu Wilhelmshagen statt. 16056
 Die Hinterbliebenen.
J. Liebich u. Sohn. Mag. Liebich.

Am 28. Februar wurde uns unser einziges Kind **Heinrich** nach langem schweren Krankenlager durch den Tod entzissen. Um stilles Beileid bitten
G. Knispel und Frau.
 Die Beerdigung findet Freitag, den 3. März, Nachm. 3 Uhr, von der Wilsnackerstr. 42 nach dem St. Johannis-Kirchhof in Pöhlensee statt. 16056

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 28. Februar cr., Abends 6 Uhr, verschied nach langem, schweren Leiden meine liebe Frau, gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Marie Matz geb. Rogge
 im noch nicht vollendeten 37. Lebensjahre. Dieses zeigt allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme an. 16096
 Der schwergeprüfte Gatte.
C. Matz, Georgenkirchstr. 1.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. März, Mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle auf dem St. Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee 21-23 statt.

Zu kaufen gesucht
 wird ein Exemplar von: 400/20*
Ferdinand Lassalle, Franz von Sickingen. Nur 1. Auflage. Berlin 1839.
 Gest. Offerten an die **Partei-Verhandlung des „Vorwärts“**, Berlin SW., Beuthstr. 2, Hof rechts, erbeten.

Gastwirthe
 (Zentrum event. innere Louisenstadt), welche am 1. April oder später den Arbeitsnachweis und die Herberge mehrerer Gewerkschaften aufnehmen können, werden ersucht, ihre Adresse unter Z. H. in der Expedition dieses Blattes abzugeben. 16026

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Die im vergangenen, so wird auch in diesem Jahre in unserem Verlage Mitte April ein zur **Maisfeier** bestimmtes

Mai-Festblatt

erscheinen. Dasselbe wird auch diesmal einen Umfang von **8 Seiten in Groß-Quartformat** haben.

Sowohl auf den textlichen Inhalt, als auch nach illustrativer Richtung wird auch bei dem Festblatt für die bevorstehende Maisfeier die größte Sorgfalt verwendet werden.

Die Titelvignette und das Vorbild, welches die 4. und 5. Seite ausfüllen wird, sind beides neue Originale, von bewährter Künstlerhand entworfen, den Triumph und die Guldigung der Arbeit darstellend; das Mai-Festblatt wird somit für jeden Arbeiter ein Erinnerungsblatt von dauerndem Werthe sein.

Im rechtzeitig die voraussichtlich hohe Auflage des Festblattes feststellen zu können, bitten wir die Genossen, uns so schnell als möglich ihren Bedarf anzugeben. Bestellungen, die bis zum

4. April cr.

in unseren Händen sind, werden rechtzeitig und in der Höhe der gewünschten Anzahl erledigt. Für später einlaufende Bestellungen können wir keinerlei Garantie für pünktliche Lieferung übernehmen.

Der Preis stellt sich für das Einzel-Exemplar auf

10 Pfennig im Verkauf.

In Partien in jedem Quantum pro Exemplar

400/19*

5 Pfennig netto.

Porto zu Lasten des Empfängers. Wir ersuchen unsere Parteigenossen, für die Verbreitung des „Festblattes“ recht thätig sein zu wollen und sehen zahlreichen Aufträgen entgegen.

Verband der Bauarbeiter und Berufsg. Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Sonntag, den 5. März 1893,
 Vormittags 11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
 bei **Säger, Grüner Weg Nr. 29.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Wahl des Schriftführers. 3. Verbandsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.
 404/7 **Der Vorstand.**

Verein der ost- u. west-preussischen Sozialisten.
 Sonntag, den 5. März 1893,
 Vormittags 10 1/2 Uhr:

Versammlung
 bei **Nebelin, Langestraße 108.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen **P. Riesop.**
 2. Kassenbericht.
 3. Verschiedenes.
 Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen.
 254/9 **Der Vorstand.**

Zimmergesellen-Invaliden-Kasse.
 Sonntag, den 5. März,
 Vormittags 10 Uhr,
 im Lokale **Weberstr. 17 bei Nies:**

Versammlung
 der Interessenten der Invaliden-Kasse.
 Tages-Ordnung:
 Die fernere Organisation dieser Kasse. Zutritt haben diejenigen Zimmergesellen, welche Beitrag bis ultimo 1892 bezahlt haben.
 Quittungsbuch dient als Legitimation, und ist dasselbe am Eingang des Lokals den Kontrolleuren vorzuzeigen.
 1604b **Der Vorstand.**

Arbeitsmarkt.

Für Klavier-Eischler.
 1 Bodenmacher für Kreuzsaiten-Pianos,
 2 Umbanmacher,
 3 Abspuler, die auch umleimen und abpoliren,
 von einer süddeutschen Pianoforte-Fabrik gesucht. Nur ganz tüchtige, erprobte Leute wollen sich melden unter Chiffre **H. A.** bei der Expedition d. Blattes.

Glasschleifer
 für Buchstaben werden sofort für dauernde Arbeit gesucht. 1882R
Ottensen-Hamburg.
C. M. Petersen u. Co.

Büglers, der auch Steppt v. Passole,
 Gr. Frankfurterstr. 80. 16106

Schirmnäherinnen
 auf garnirte Sonnenschirme und bessere Entontens finden dauernde Beschäftigung bei guten Preisen.
Leo Wolff, Inh. D. Bergmann,
 139R Wallstraße 7.

Unser **Petroleum-Groß-Versandt-Geschäft** (bisher Strahburgerstraße 20) ist von Herrn **E. Vogtherr**, hier, käuflich übernommen worden und wird von demselben unter der bisherigen Firma in den neuen Geschäftsräumen

NW., Stephan-Straße Nr. 27a

fortgeführt. — Der Versandt von

Prima Krytall-Petroleum

und

Prima Salon-Petroleum

erfolgt in Original-Fässern und in Kannen von 3/4, 6/4, 12/4 und 25 Kilo Inhalt, (Kannen ohne Pfand) und stehen frankierte Bestellkarten sowie Fernsprech-Anschluß Amt Moabit Nr. 51 zur Verfügung.
Klingbeil & Co. (ehem. Vogtherr)
Petroleum - Gross - Versandt - Geschäft
 Berlin NW., Stephanstraße 27a.
 3748L*

„Zum Prophet“

Welthaus
 für Herren- und Knaben-Garderoben.

L. Etage. **Am Dönhofsplatz.** L. Etage.
 Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.

Um zu räumen,
 kommen zum Ausverkauf ohne Rücksicht auf deren bisherige Preise:

Ein Posten Sack-Valetots f. starke Herren	von 12	an.
Ein Posten Pellerinen-Mäntel	10	" "
Ein Posten Hohenzollern-Mäntel	21	" "
Ein Posten hochfeine Valetots in Feise, Montagnac, Düssel, Velour mit Cloth, Stepp- und Seidenfutter	15	" "
Ein Posten Kaiser-Mäntel	10	" "
Ein Posten kompl. blaue Cheviot-Anzüge	10	" "
Ein Posten kompl. feine Anzüge	15	" "
Ein Posten Gehrock-Anzüge , hochfein	26	" "
Ein Posten Hosen in Vuxlin, Rammgarn etc.	4	" "
Ein Posten Houventé-Hosen	6	" "
Ein Posten Haus- und Jagdoppen in Loden etc.	8	" "
Ein Posten Interims-Joppen , elegant	8	" "
Ein Posten Schlafrock in Double etc.	7	" "
Ein Posten Schlafrock in Velour, Feise etc.	10	" "
Ein Posten Westen , hochfein	1 1/2	" "
Ein Posten Knaben-Anzüge , schwere Waare	2 1/2	" "
Ein Posten Burschen-Anzüge in Satin, Velour etc.	5	" "
Ein Posten Jünglings-Anzüge in Cheviot, Tuch etc.	7	" "
Ein Posten Knaben-Valetots mit und ohne Pellerine, sowie Hohenzollern-Mäntel zu äußerst billigen Preisen.		8772L

Einsegnungs-Anzüge

in großartiger Auswahl von 7 an bis zu den elegant.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung vom 2. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathssitz: Graf v. Caprivi, v. Büttcher, v. Maltzahn, v. Marschall, v. Stephan, Kayser, Hollmann.

Die Beratung des Etats des Auswärtigen Amts wird fortgesetzt. Rückständig ist noch die Forderung von 2 1/2 Millionen an extraordinären Ausgaben für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika, außerdem die Einnahmen. Ueber die Entwicklung der Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika ist dem Staatsrat eine ausführliche Denkschrift beigegeben.

Der Referent der Budgetkommission Abg. v. Arenberg empfiehlt die Bewilligung der Postion.

Abg. **Oechelhaeuser** (ntl.) geht auf die Verhältnisse in Ostafrika an der Hand der Denkschrift und unter Verwertung seiner Erfahrungen, die er in der Verwaltung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft seit Jahren gewonnen, näher ein. Er dankt zunächst dem Dirigenten der Kolonialabtheilung für die Vorlegung dieser Denkschrift und verweilt dann längere Zeit bei der Betrachtung der Ergebnisse der Thätigkeit der Gesellschaft. Diese habe zwölf Stationen im Innern angelegt, und gebe die Hoffnung, daß alle diese Stationen sich gewinnbringend entwickeln würden, noch nicht auf. Zwei Kaffee-Plantagen seien bereits angelegt, auch eine Baumwollenanpflanzung. Der Anbau weiterer tropischer Gewächse werde beabsichtigt. Die projektierte Eisenbahn nach Usambara werde ohne Reichszuschuß gebaut werden. Die Arbeiterverhältnisse daselbst lägen sehr gut, besser als Bamberger gestern dargestellt habe.

Die Eingeborenen gewannen allmählich die Ueberzeugung, daß mit Hausen nicht weiter zu kommen sei und arbeiteten willig. Beschwerde muß aber geführt werden darüber, daß die Ausschließung des Landes, welches als Staatsbesitz von dem der Gesellschaft zur Verfügung bleibenden gesondert werden sollte, nicht genügend beschleunigt wurde. Erhöhter Schutz müsse gefordert werden für die Verbindung mit Tabora, dem Haupt-handelsplatze zwischen der Küste und den großen Seen. Nach Herr von Soden habe eine Verstärkung der Garnison auf 250 Mann angeordnet. Die Ausführung dieser Anordnung sei dringend wünschenswert. Sicherheit der gewonnenen Stationen sei die erste Vorbedingung für die weitere Ausbreitung des Handels und für die Fortführung der ethnischen und kulturellen Aufgabe, die das Deutsche Reich sich in jenem Gebiete gesetzt habe. Das Aufgeben von Sansibar sei unabweisbar sehr zu bedauern, um so mehr müßten alle Anstrengungen dahin gerichtet sein, an der Küste ein wenigstens einigermaßen gleichwertiges Emporium zu schaffen. Diese Aufgabe, so schwer sie erscheine, müsse gelöst werden. Herr von Soden habe gegen den Rath von Wismann und anderen Afrikanern Dar-es-Salam zum Haupt-handelsplatze gemacht, obwohl dieses viel unbedeutender sei als Bagamoyo, welches schon heute dreißig bis vierzigtausend Einwohner zählt. Die wichtigste Frage für die Entwicklung des Landes, ja eine Lebensfrage für dasselbe sei die Anlegung einer Eisenbahn, zunächst von der Küste nach Tabora. Die bezüglichlichen vorbereitenden Schritte der Gesellschaft seien von hervorragenden Autoritäten und auch in der letzten Sitzung des Kolonialraths ausdrücklich gebilligt und ihre energische Förderung befürwortet worden. Die Eisenbahn sei nicht bloß zur Verbilligung der jetzigen theuren Karawanenfracht, sondern auch zur Ermöglichung des Besahrens der großen Seen durchaus notwendig. Die Kosten der Beförderung Wismann's und seiner Ankrüftung nach den Seen seien eine wahre Kapitalvergeudung. Der Karawanenhandel sei schädlich und seine Ausrottung eine der ersten Forderungen; sie seien mehr Raub- als Handelsgänge. Aber nicht die wirtschaftlichen Interessen in erster Linie, sondern die hohen sittlichen und ethnischen Kulturinteressen, die Unterdrückung des Sklavenhandels und der Sklavenjagden bedingten die Herstellung einer Eisenbahn. Ein anderes Moment, welches zeige, daß periculum in mora vorhanden sei, bestehe in der Konkurrenz Englands. Dieses Land habe Uganda aufgeben wollen, aber unter dem Druck der öffentlichen Meinung davon wieder Abstand genommen. Durch die Vorgänge im Sudan sei die Bedeutung der englischen Anwesenheit in diesem Gebiete so gesteigert, daß zweifellos auch eine Jüngergarantie für eine englische Eisenbahn nach Uganda bewilligt werden dürfte. Damit aber würden die Interessen von Deutsch-Ostafrika schwer geschädigt. Die Tractung der deutschen Bahnlinien müsse also ernstlich in Angriff genommen werden. Sollte das neu zu schaffende Emporium Sansibar ebenbürtig sein, dann dürfe die Einfuhr aus Bagamoyo nicht höhere Eintrittszölle in Deutschland tragen, als die aus Sansibar; die Folge des jetzigen Zustandes sei, daß die Waaren aus unserer Kolonie erst auf dem Umwege über den Freihafen von Sansibar nach Deutschland kommen. Es sei eine Anomalie, daß den Schutzgebieten nicht einmal die Meistbegünstigung eingeräumt werde. Eine große Anzahl von Gegenständen sei ganz unnütz überhaupt mit Ausfuhrzöllen belastet. Zur Zeit des Herrn von Soden sei auch die Cabotage besteuert worden, obwohl gar kein vernünftiger Grund dafür einzusehen sei; diese Steuer müsse ebenfalls wegfallen. Redner wendet sich dann gegen die gestrigen Bemerkungen des Abg. Bamberger über das Verfehlen der bisherigen Kolonialpolitik; der Pessimismus Bambergers sei unberechtigt schon aus der Erwägung, daß wir alle Mittel, auch das der Beschaffung von Kolonien, anwenden müßten, um unsere Ausfuhr zu vermindern. Die Geschichte der Kolonialbestrebungen der anderen Staaten, namentlich Englands, beweisen das. Die Kolonien Deutschlands könnten in Zukunft noch das Rückgrat der Finanzen des Mutterlandes werden.

Reichskanzler Graf von Caprivi: Wenn der Vorredner mit der Entwicklung von Ostafrika in den letzten Jahren zufrieden ist, so kann mich das nur mit Freude erfüllen, denn auch ich meine, wir können mit Befriedigung auf das in diesen Jahren Erreichte zurücksehen. Der Vorredner meinte, die Leute, welche das Aufgeben von Sansibar für unschädlich gehalten hätten, hätten sich einer Illusion hingeeben. Von Aufgeben kann aber nur die Rede sein, wenn man etwas hat. Ostafrika ist jedenfalls ohne Sansibar angenehmer und leichter zu verwalten, als mit Sansibar. Wir haben nicht die Hand nach etwas ausgestreckt, was noch heute unerreichbar ist. Tabora hat gewiß große Vorzüge, aber eine stärkere Befestigung hängt zusammen mit einer Vermehrung unserer Schutztruppe. Ich bin aber prinzipiell dafür, diese in möglichst geringen Grenzen zu halten, nicht bloß der Kosten wegen, sondern auch um die Versuchung zu kriegerischen Unternehmungen zu vermindern. (Zustimmung.) England ist auch mit dem Anknüpfen von freundschaftlichen Verbindungen mit den Landesfürsten weiter gekommen als mit Kriegsführungen. Wir sind schon zufrieden, wenn wir die gegenwärtige Schutztruppe wieder auf die volle Kopfstärke bringen. Das ist nicht leicht, weil wir die Schwarzen weiter holen müssen zum Militärdienst. Ich hoffe, daß wir bald die Schutztruppe komplettiert haben werden. Zu diesem Zweck werden wir die Hilfe des Reichstages nicht entbehren können. Die Artillerie ist erneuerungsbedürftig. Wir haben dort ein paar Duzend Kanonen, theils Liebesgaben, theils aus irgend einer Kumpel-

ammer stammend. Es sind elf Geschützsysteme dort. Bei den Expeditionen ist kein allzu großer Werth auf die Artillerie zu legen. Bei den Expeditionen Jelewski und Graevenreuth war sie hinderlich und schädlich. Aber für die Sicherheit unserer Stationen, namentlich Tabora, ist sie unentbehrlich. Der Vorredner hat der Kolonialabtheilung warme Anerkennung gezollt, aber den Gouverneur v. Soden scharf kritisiert. Freiherr v. Soden ist heute noch der Gouverneur von Ostafrika. Er hat nur Urlaub, um seine Gesundheit wieder herzustellen. Wie sich die Verhältnisse empfinden, es auch hier als angenehme Pflicht, diesem angegriffenen Beamten zur Seite zu stehen. Er verbindet große Klarheit des Verstandes mit Energie. Deutschland hat alle Ursache diesem Herrn dankbar zu sein. Die Verwaltung einer solchen Kolonie ist nicht leicht. Sie bezieht sich auf den Verkehr mit Deutschland, mit uns und mit den dortigen Beamten und nicht zum wenigsten auf die europäische Presse. Oft werden ihm von hier aus Rathschläge ertheilt, die er sich schon an den Schulsohlen abgelaufen hat. In den Zeitungen erheben von Afrika zurückgekehrte Reisende ihre Stimme, die eine viel geringere sachliche Erfahrung haben als der Gouverneur. Angriffe gegen ihn sind um so leichter, als drei Monate vergehen, bevor der Gouverneur einen Strafantrag stellen oder sich in anderer Weise gegen Pressangriffe wehren kann. Man sollte in der Beurtheilung eines solchen Mannes doch etwas vorsichtiger sein. Der Vorredner hat Herrn von Soden besonders vorgeworfen, daß er Dar-es-Salam und nicht Bagamoyo zur Hauptstadt gemacht hätte; die Verantwortung dafür trifft nicht ihn, sondern mich. Mit Genehmigung Sr. Majestät und nach reiflicher Ueberlegung habe ich diesen Schritt gethan. Gewiß ist Bagamoyo der erste Handelsplatz, aber es hat keinen Hafen und die Verfrachtung in Dhaur ist sehr schwierig. Dar-es-Salam dagegen hat einen geschützten Hafen. Daß sich der Verkehr nicht sofort nach Dar-es-Salam lenken würde, war klar. Eine Eisenbahn nach dem Tanganika-See würde gewiß den Verkehr leichter und billiger bewerkstelligen, als dies durch Karawanen geschieht. Erfahrene Afrikaner haben gewisse Zweifel daran. Wir werden gut thun, die Erfahrungen mit der Eisenbahn nach dem Kilimandscharo abzuwarten. Ein schnelles Vorgehen mit dem Bau der Eisenbahn halte ich nicht für erforderlich. Die Bahn würde jedenfalls im Innern zerlegt werden müssen, um den Karawanenverkehr entbehren zu können. Ich stimme mit dem Vorredner überein, daß dieser Karawanenverkehr eine der schwersten Schädigungen Ostafrikas, das schlimmste Hinderniß für das Fortschreiten der Kultur ist. Diese Schäden sind ungleich größer als die Schäden, welche die Sklavenjagden anrichten. Er hindert jede Ausbreitung der Kultur und Befestigung, er verweist das Land. Ganz würde der Eisenbahnbau den Karawanenverkehr kaum unterdrücken. Unsere Schutztruppe können wir überhaupt auch nicht verringern, sie würde diese Eisenbahn zu über-machen haben. Diese projektierte Eisenbahn würde eine Länge haben wie eine Bahn von der Ostsee bei Danzig bis zum Bodensee. Das ganze Terrain ist von manneshohem Gras bewachsen, welches immer wieder wächst. Ich würde den Tag mit Freuden begrüßen, an dem eine solche Eisenbahn eröffnet würde, möchte aber vor Illusionen warnen. Bevor das Kapital gesammelt und die Vorarbeiten beendet sind, werden die Karawanen ihre Reisen fortsetzen müssen. Diese Karawanen bestehen aus 1000-2000 Mann; sie berühren Ortschaften von 100-200 Einwohnern und nehmen diesen, was sie haben, und das ist nicht viel, denn die Afrikaner pflegen keine Vorräthe zu sammeln. Die zweite Karawane macht es ebenso, bis es die Einwohner vorziehen, den Ort ganz zu verlassen. So werden ganze Orte und Straßen vollständig ausgefogen. Die Europäer sind auch genöthigt ein Auge zuzubräuen, denn leben muß die Karawane. Das Land wird verodet. Nur ein Mittel giebt es um Abhilfe zu schaffen, aber es ist kostspielig und langwierig und nur unter Mitwirkung des Gouvernements und der Schutztruppe durchzuführen. Es müßten die Karawanen geteilt und auf Stappenplätzen, gewissenmaßen Karawanestationen, verproviantiert werden. Das ist aber schwer durchzuführen. So etwas läßt sich nicht durch den „Reichs-Angeiger“ und durch Amtsblätter einführen. Die Karawanenführer werden so lange an ihrem alten System festhalten, bis sie zu ihrem Schaden belehrt werden, daß es nicht so weiter geht. Es könnten Jahre vergehen, bis die Sache durchgeführt ist. Der Vorredner hat getadelt, daß wir unsere Kolonien differenziell behandeln. Ich kann zu meiner Freude mittheilen, daß im Zollanschluß des Bundesraths bereits ein Antrag gestellt ist, den Kolonien die Stellung der meistbegünstigten Staaten in bezug auf die Zölle zuzuwenden. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Ich gehe auch zu, daß Ostafrika sich schnell entwickeln würde, wenn wir nicht die Ausfuhrzölle erhöhen müßten. Vor der Hand aber sind wir gezwungen, einen Theil unserer Verwaltungskosten aus diesen Ausfuhrzöllen zu decken, wenn nicht der Reichstag den Entschluß faßt, eine höhere Summe zu den Verwaltungskosten von Ostafrika beizutragen. (Widerpruch links.) Wir möchten einen solchen Antrag nicht stellen, sondern es einem Mitgliede des Hauses, vielleicht dem Vorredner überlassen.

Abg. **Bamberger** (Dr.): Ich bin im großen und ganzen mit dem Reichskanzler einverstanden. Im einzelnen will ich seiner Auseinandersetzung nicht widersprechen, weil man das wieder als Lust an Reinsagen auslegen würde, noch auch ihm zustimmen, da ihm das von freisinniger Seite bekanntlich unangenehm ist. (Heiterkeit links.) Auch ich muß durchaus für Herrn v. Soden eintreten. Gegen meinen Freund Oechelhaeuser muß ich dabei verharren, daß die Bewegung für die Kolonialpolitik in Deutschland lange keine so tiefergehende war, als er es noch heute dargestellt hat. In Wahrheit war die Inaugurierung der Kolonialpolitik nur die Revanche für die Ablehnung der Samoa-Vorlage im Jahre 1880, welche First Bismarck nicht verschmerzen konnte. Zuerst bescheerte uns diese Revanche die Dampfersubventions-Vorlage im Jahre 1884, jene berühmte Vorlage, zu deren Vertheidigung der Reichskanzler nach langen Jahren wieder zum ersten Male in einer Kommission und zwar nur geteilt und gepornt erschien. Und wenn wirklich von einer Begeisterung, von einem wirklichen Enthusiasmus die Rede sein konnte, was ich bestreite, so braucht man doch nur einen Blick auf die heutige (äußerst spärliche) Befestigung des Hauses zu werfen, um sich zu überzeugen, welche hochgradige Ernüchterung eingetreten ist. Jene Begeisterung hing aufs engste mit der Vorstellung zusammen, daß es mit den Erfolgen der Kolonialpolitik recht schnell gehen würde. Heute ist alles darüber klar, daß es recht langsam geht, und niemand kann einen Weg weisen, der die Dinge schneller zu fördern vermag. Allerdings können wir damit sehr zufrieden sein, daß im letzten Jahre kein neues Unglück in Ostafrika geschehen ist. Das ist aber auch das Einzige, womit wir zufrieden sein können. Auch heute hat man uns wieder die Kaffeeplantagen, die Versuche mit Baumwolle und Tabak vorgeführt. Diese Ausführungen werden allmählich stereotyp; es wird aber nicht hinzugesetzt, daß nicht die Gesellschaft, sondern das Reich für diese Versuche aufkommt und daß es andere deutsche Interessen als die der deutschen Ostafrika-Gesellschaft in Ostafrika nicht giebt. Die Gesellschaft ist der einzige Benefiziant alles dessen, was das Reich für Ostafrika thut.

Unter diesen Umständen ist es sehr billig, von Fortschritten der Thätigkeit der Gesellschaft zu sprechen. Einen wirklichen Vortheil hat die Kompagnie bei ihren Transaktionen nur aus der Ver- ausgabung unterwerthiger Münzen gezogen. Wenn die Gesellschaft die Aufhebung der Ausfuhrzölle wünscht, so hat sie auch Vorschläge für die Deckung zu machen. Dieses ist aber nicht geschehen; sie beschränkt sich darauf, ihren Wunschzettel dem Reichskanzler einzureichen, unbekümmert darum, daß das Reich für seine Schutzgebiete noch mehr Opfer bringen müßte, eine Zustimmung, die der Reichskanzler in richtiger Würdigung der Stimmung des Reichstages zurückgewiesen hat. Sie verlangt ferner die Verstärkung der Garnisonen, das heißt die Verstärkung der Schutztruppe. Auch diese würde nur der Gesellschaft zu gute kommen, aber dem Reiche nur neue Opfer auferlegen. Daß die Idee, für Wismann einen Dampfer zu stiften, mit dem er die großen Seen befahren könne, eine Illusion gemein ist, müssen jetzt auch Herr Oechelhaeuser und seine Freunde zugeben. Ebenso wird es mit der Idee der Eisenbahn gehen, und auch der Hinweis auf die bösen Engländer wird nicht mehr ziehen, nachdem man gesehen hat, daß es mit dem gefährdeten Beweis, der mit seinen Millionen nur darauf zu warten schien, Ueber-land in die Tasche zu stecken, auch nichts war. Die Furcht vor der englischen Uganda-Kompagnie hat eine eigenthümliche Rehnlichkeit mit der vor diesen famosen Beweis und Carrey (Beifall links).

Abg. **Graf Hoesbroeck** (Z.): Ernüchterung muß uns in der Kolonialpolitik durchaus erwünscht sein; ein Reinigungs-prozeß mußte vor sich gehen und ist auch erfolgt. Die Ernüchterung hat uns befreit von unpraktischen und phantastischen Ideen, ist aber keineswegs mit einer Verflümmung und einem Zurückgehen der kolonialfreundlichen Neigungen identisch. Uns kommt es vor allem auf das Interesse der Erhaltung und Ausbreitung des Christenthums an, dieses aktuelle Interesse muß bei der ganzen Betrachtung um so mehr im Vordergrund stehen, als die Missionen auch der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien erfolgreich vorarbeiten und auch eine hervorragende Bedeutung für unsere Schutztruppe und deren Offiziere haben. In ihrem Einfluß und ihrer Bedeutung ist den Missionen Abbruch dadurch gethan worden, daß sie zur Schlichtung von Streitigkeiten unter den Eingeborenen im Gebiete von Deutsch-Ostafrika nicht mehr zuständig sind, die betreffenden Parteien vielmehr an die Verwaltung nach der Küste geschickt werden. Für Tabora muß auch im Interesse der Missionsthätigkeit eine Verstärkung der Garnison gefordert werden. Die Mittel zur Sicherstellung der Missionen sollten Deutschland nach dem Muster anderer Nationen ebenfalls übernehmen.

Abg. **Graf Arnim** (Rp.): Der Reichskanzler hat Herrn v. Soden in Schutz genommen. Ich will ihn auch nicht zum Gegenstande von Angriffen machen, um so weniger, als ich nicht Gelegenheit hatte, wie Herr Geheimrath Kayser mich an Ort und Stelle umzusehen. Aber es sind mir doch Klagen darüber zugegangen, daß er den „morbus decretorius“ hatte, daß er den alten Afrikaner falsch behandelte und dergleichen. Auch sieht fest, daß er Peters auf der Reise ins Innere nicht genug Bedeckung mitgab. Die Verstärkung der Besatzungen der Stationen, die Erneuerung des Geschützmaterials ist notwendig. Die Stationen müssen erweitert werden, aber nicht zu Zwang-Aris, sondern zu Kulturstationen. Es müssen bei jeder Station Plantage angelegt werden, welche Sämereien zu Versuchszwecken verwenden und eventuell die Eingeborenen zu der Verwendung anleiten. Im weiteren bezieht der Redner die Ausichten für eine umfassende Kaffeeproduktion in Ostafrika und deren Nutzen für das Mutterland. Deutschland beziehe jährlich für 1 1/2 Milliarden Mark Kaffee und könne diese Summe später eventuell gegen seine Produkte in deutschen Kolonialkaffee anlegen. Im Reichstage ist allgemein, mit Ausnahme der Linken, Meinung vorhanden, die Aufwendung des Reichsetats für Ostafrika zu verstärken, wie es auch der Kolonialrath einstimmig gewünscht hat. In welcher Form diese Wünsche erfüllt werden sollen, steht noch nicht fest. Vielleicht kommt der Gouverneur, wenn er nicht zu strikte Ordre hat, mit seinem Etat auszukommen, selbst zu der Ueberzeugung, daß höhere Mittel notwendig sind; dann wird die Sache am besten auf dem Wege des Nachtragsetats zu erlangen sein.

Abg. **Oechelhaeuser** (ntl.) erklärt, daß er nicht die Aufhebung der Ausfuhrzölle, sondern eine Revision des Tarifs angeregt habe. Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. **Zamhammer**, der dem Reichskanzler gegenüber darauf verweist, daß das System der Requisitionen nicht bloß beim Karawanenhandel unumgänglich sei, sondern auch von zivilisirten Völkern in Nothfällen ergriffen werden müsse, wird die Debatte beendigt.

Ohne Debatte werden die Einnahmen des auswärtigen Amtes genehmigt.

Um 4 1/2 Uhr wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Post- und Telegraphenverwaltung.)

Parlamentarisches.

Die Novelle zum Gesetz über den Unterstüthungs-wohnsitz. Dem Reichstage ist der vielbesprochene Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterstüthungswohn-sitz und die Ergänzung des Straf-gesetzbuches, nebst Begründung, wie solcher vom Bundesrath beschlossen worden, endlich zugegangen. Wir theilen daraus vorläufig folgendes mit: Nach dem Entwurf soll die in dem Gesetz über den Unterstüthungswohn-sitz (§§ 10, 22) festgelegte Alters-grenze für die Fähigkeit zum selbständigen Erwerb und Verlust des Unterstüthungswohn-sitzes, das zurückgelegte einundzwanzigste Lebensjahr, herabgesetzt werden auf das zurückgelegte achtzehnte Lebensjahr. Ferner soll der Anspruch auf Er-stattung der Kosten für vorläufig geleistete Unterstüthung in zwei Jahren vom Ablauf desjenigen Jahres ab, in welchem die Leistung gewährt worden ist, erlöschen.

Im § 20 Absatz 1 soll in Zeile 2 hinter dem Worte: „Zehr-linge“ eingeschaltet werden: „Land- und forst-wirth-schaftliche Arbeiter“. § 20 schreibt vor, daß, wenn Per-sonen, welche im Gesindedienst stehen, Gefellen, Gewerbegehilfen, Zehrlinge erkranken, der Ortsarmenverband des Dienstortes die Verpflichtung hat, dem Erkrankten die erforderliche Kur und Verpflegung zu gewähren. Während für die Fabrikarbeiter und ähnliche Kategorien von Lohnarbeitern das Krankenversicherungs-Gesetz bestimmte Normen geschaffen hat, besteht die Krankenversicherungs-Pflicht für die Landarbeiter nicht allgemein. Deshalb diese Einschaltung in den § 20, die aber eitel Stückwerk und ein klägliches Pallia-tiv ist: denn es ist notwendig, daß auch auf die Land-arbeiter der Krankenversicherungs-Zwang reichsgesetzlich eingeführt werde, so gut wie für das Ge-sinde. Ein Anspruch auf Erstattung der entstehenden Kur- und Verpflegungskosten, beziehungsweise auf Uebernahme des Hilfs-bedürftigen gegen einen anderen Armenverband soll jetzt nur er-wachsen, wenn die Krankenpflege länger als drei e i h n (bisher 6) Wochen fortgesetzt würde, und nur für über diese Frist hinaus-gehenden Zeitraum. Nach § 30b des Gesetzes hat für einen Hilfs-

bedürftigen, welcher keinen Unterstüthungswohnstätt hat, derjenige Landarmenverband einzutreten, in dessen Bezirk sich derselbe bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet. „Hiernach muß“, heißt es in der Begründung, „der Ortsverband der vorläufigen Unterstüthung demjenigen Landarmenverband, von welchem er die Erstattung der aufgewendeten Kosten fordert, den Beweis erbringen, daß der von ihm Unterstüthigte einen Unterstüthungswohnstätt nicht besitzt. Dieser Beweis der Negative ist nicht selten schwierig, insbesondere dann, wenn die Vernehmung des Unterstüthigten unmöglich ist, beispielsweise bei Kindern, bei schwerkranken, alsbald versterbenden Personen, bei abgehörten Idioten, Irren oder Taubstummen, sowie dann, wenn es sich um die Kosten der Beerdigung aufgefunden unbekannter Leichen handelt.“

Es wird deshalb im Entwurf vorgeschlagen, statt der Worte: „wenn der Unterstüthigte keinen Unterstüthungswohnstätt hat“, zu setzen: „wenn ein Unterstüthungswohnstätt des Unterstüthigten nicht zu ermitteln ist.“

Zwischen die Absätze 1 und 2 des § 80 soll folgender neue Absatz eingeschoben werden: „Der Beweis, daß ein Unterstüthungswohnstätt des Unterstüthigten nicht zu ermitteln gewesen ist, gilt schon dann als erbracht, wenn der die Erstattung fordernde Armenverband dargelegt hat, daß er alle diejenigen Erhebungen vorgenommen hat, welche nach Lage der Verhältnisse als geeignet zur Ermittlung eines Unterstüthungswohnstätt anzusehen waren. Wird nach der Erstattung ein Unterstüthungswohnstätt des Unterstüthigten nachträglich ermittelt, so ist der Armenverband, welcher die Erstattung vorgenommen hat, berechtigt, innerhalb zweier Jahre, vom Ablauf desjenigen Jahres ab, in welchem die Erstattung erfolgt ist, von dem Armenverbände des Unterstüthungswohnstätt für die gewährte Unterstüthung und für die durch nachträgliche Ermittlungen entstandenen Kosten Ersatz zu beanspruchen.“

Zum Schluß wird vorgeschlagen eine Verschärfung des § 80 des Strafgesetzbuchs. Es soll mit Haft bestraft werden, „wer, obgleich er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß.“

Daß die Altersgrenze für die Fähigkeit zum Erwerb und Verlust des Unterstüthungswohnstätt herabgerückt wird, ist ein notwendiges Ergebnis unserer wirtschaftlichen Entwicklung; es geschieht hauptsächlich „um deswillen“, wie die Begründung es ausdrückt, „weil es (das 18. Lebensjahr) als durchschnittlich späterer Zeitpunkt für die Erlangung wirtschaftlicher Selbständigkeit erachtet wurde“. Es heißt ferner: „Diese Zeitbestimmung (die alte: 24. Lebensjahr) ... hat in Verbindung mit der weiteren Vorschritt, daß der Unterstüthungswohnstätt durch eine zweijährige Abwesenheit verloren wird, zur Folge, daß die Armenlast hinsichtlich der vielfach schon im Alter von 16 Jahren aus der Heimath verziehenden Leute bis zu deren vollendetem sechsundzwanzigsten Lebensjahre dem Heimathsort verbleibt. Schon bald nach Inkrafttreten des Gesetzes, insbesondere nachdem infolge des großartigen Aufschwungs der Industrie ein Massenwegzug der ländlichen Arbeiter in die Industriebezirke stattfand, sind hierüber lebhaft Klagen von der Bevölkerung des platten Landes laut geworden.“

Die Herabsetzung der Altersgrenze entlastet die Landbezirke auf Kosten der städtischen Gemeinwesen, vor allem der Großstädte und großgewerblichen Bezirke. Die ländlichen Arbeiter flüchten aus dem ostelbischen Grosgrundbesitzer-Paradies nach Westen. Daß der Entwurf, um diese agrarischeren Bestimmung zu deden, den frühen Beginn der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Proletariats so offen zugiebt, ist wohl zu beachten. Da heißt man: „Ein Festhalten an der bisherigen Altersgrenze für den selbständigen Erwerb und Verlust des Unterstüthungswohnstätt würde nur dann begründet sein, wenn die Annahme zuträfe, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit des Individuums erst mit dem vierundzwanzigsten Lebensjahre einträte. Für manche Gesellschaftsklassen mag dies der Fall sein, nicht aber für die bei der Armenpflege hauptsächlich in Betracht kommende Arbeiterbevölkerung. Im Gegentheil, die Erfahrung des täglichen Lebens zeigt, daß der Arbeiter von dem ihm nach dem Freizügigkeitsgesetz zustehenden Recht, sich den Ort seines Aufenthalts und seinen Erwerb uneingeschränkt zu wählen, oft schon sehr zeitig, in manchen Landes- theilen bald nach der Einsegnung, Gebrauch macht. Thatsächlich beginnt die wirtschaftliche Selbständigkeit, welche grundsätzlich für den Erwerb und den Verlust des Unterstüthungswohnstätt maßgebend sein soll, in dem Arbeiterstande mit dem Eintritt in eine selbständige Arbeitstätigkeit (als landwirtschaftlicher oder Fabrikarbeiter, Dienstmagd u. s. w.); zu der Großjährigkeit oder gar zu dem vierundzwanzigsten Lebensjahre steht dieselbe in keiner Beziehung.“ Wenn wir aber die Wahlfähigkeit mit Beginn der öffentlichen Mündigkeit, also drei Jahre nach Beginn der wirtschaftlichen Mündigkeit heißen, ist die Reaktion stöckend.

Die Kommission zur Vorberathung der 100 Sätze beginnt heute ihre zweite Sitzung. § 180 bestraft wegen Kuppelei den, der gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz der Unzucht durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit (also auch durch Vermietung) Vorschub leistet. Der Vorschlag der Regierungsvorlage, eine Sozialisirung der Prostitution in bordellähnlicher Weise festzusetzen, wurde vom Abg. Payer wieder ausgenommen, fiel aber gegen die Stimmen des Abg. Richter, der National-liberalen und eines Theils der Konservativen. Der Abgeordnete Dr. Stephan machte den Versuch, die „gewohnheitsmäßige Unzucht“ unter Strafe zu stellen. Seine ideologischen Anschauungen wurden insbesondere von Bebel, Payer, Münkel und Stadthagen belächelt. Wenn man überhaupt Unzucht bestrafen wolle, so solle man doch konsequent das Kriterium der Gewerdmäßigkeit streichen und jede Unzucht bestrafen, nicht aber einseitig das schwache Geschlecht dafür strafbar machen. Weil näher läme man wohl dem Vorschlag, wenn man den außer- ehelichen Beischlaf als Unzucht überhaupt nicht auffasse. Es sei allein richtig, die Prostitutionsursachen zu bekämpfen, d. h. durch soziale Besserstellung der Mädchen, durch Erhöhung der Löhne, durch Freigabe des Koalitionsrechtes es thun- lichst zu verhindern, daß weibliche Wesen gezwungen sind, aus der Hingabe ihres Körpers ein Gewerbe zu machen. Allerdings sei ja in der heutigen Gesellschaftsordnung die Prostitution auch durch solche Mittel nicht zu beseitigen, wohl aber einzuschränken. Sollen man Mädchen, die 60, 60 Pf. täglich verdienen, dafür bestrafen, daß sie nicht mehr verdienen können? Der Antrag Stephan fiel durch. Schließlich gelangte ein Antrag Dr. Pieschel's durch die Stimmen unserer Genossen (nämlich mit 11 gegen 10 Stimmen) zur Annahme, welcher der Ausbeutung Prostituirter durch Wirthe in etwas einen Niegel vorschob und ein Wohnungsrecht den Prostituirten giebt. Bekanntlich konstatirt das Gesetz gewissermaßen die Prostitution (§ 86 Nr. 6 St.-G.-B.), bestraft aber nach konstanter Praxis diejenigen, die Prostituirte bei sich aufnehmen. Naturgemäß wird der Mieths- preis, den Prostituirte zu zahlen haben, durch das Risiko der Wirthe, angeklagt zu werden, erhöht, und gleichzeitig der unhalt- bare Zustand geschaffen, daß Prostituirte eigentlich nirgends wohnen können. Mit Recht meinte ein bekannter Polizeileutnant in Berlin der Vorhaltung seines Chefs gegenüber, daß in seinem Revier so viele Prostituirte wohnen: na, irgendwo müssen doch diese Wesen wohnen. Das Reichsgericht sieht schon in dem Vermietten einer Wohnung an Dirnen, in der sie ihr polizeilich reglementirtes Gewerbe ausüben, ein Vorschubleisten der Unzucht, eine Kuppelei. Der Antrag Pieschel stellt das bloße Vermietten der Wohnung an Prostituirte nur dann unter Strafe, wenn eine

Ausbeutung der Mädchen (durch hohe Miete, hohe Preise für Kost u.) stattfindet. Die nächste Sitzung findet am 3. März, Vormittags 10 Uhr, statt.

Parteinachrichten.

Parteigenossen!

In den letzten Jahren ist bekanntlich jeweils zum 18. März von der „Berliner Volkstribüne“ eine auf rothem Papier gedruckte Märznummer herausgegeben worden. Da mit Neujahr die „Volkstribüne“ ihr Erscheinen eingestellt hat, so wird zum diesjährigen 18. März auf Anregung des Teltower „Volksblatt“ als Ersatz eine rothe Märznummer erscheinen lassen.

Das Teltower „Volksblatt“ ist bekanntlich Partei-Unternehmen und steht mithin der aus dieser Märznummer eventuell erzielte Ueberschuß nicht in Privathände, sondern kommt der Partei zu gute.

Da nun, wie durch Prospekte und Plakate angekündigt, auch von anderer Seite auf den 18. März eine sog. „Märznummer“ herausgegeben wird, so erklären wir, daß mit Ausnahme der Teltower „Volksblatt“-Ausgabe alle von Berlin oder Umgebung aus sonst angekündigten Zeitungen für den 18. März als Privat-Unternehmen zu betrachten sind.

Parteigenossen, zersplittern wir daher unsere Kräfte nicht, sondern treten wir vereint für die Verbreitung der rothen Nummer des Teltower „Volksblatt“ ein.

J. A. S. Werner,
Vertrauensperson des zweiten Berliner
Reichstags-Wahlkreises.

NB. Die Parteipresse wird um Nachdruck gebeten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage wurden weiter abgehalten in Zeumnitz (Ref. Leven-Gera), Windischbärensdorf (Ref. Reichstagsabgeordneter Wurm), Löbnitz (Referent Rosenow-Chemnitz), Sving (Ref. Rächtern-Dortmund), Gernsheim (Referent Reichstags- Abgeordneter Jöst-Rainz), Gablenberg (Referent Behr-Stuttgart), Hork (Ref. Theiß-Hamburg), Burgfarrnbach (Ref. Segiß-Münsterberg).

Zur Reichstagswahl in Siegnitz veröffentlicht der in Langenbieten erscheinende „Proletarier“ folgende Erklärung: „Wir empfehlen den sozialdemokratischen Wählern bei der am 4. März stattfindenden Stichwahl zum Reichstags-Stimm-Enthaltung. In keinem Falle darf ein sozialdemokratischer Wähler seine Stimme dem Antisemiten (Hertwig) geben. Das sozialdemokratische Wahlkomitee des Wahlkreises Siegnitz-Goldberg-Dagmar.“

Gemeindevahlen. In Severn (Braunschweig) haben die Stichwahlen um zwei weitere Mandate eingebracht; die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderath beträgt nunmehr drei. Der Sieg war ein glänzender.

Der sozialdemokratischen Fraktion sprach für ihr Verhalten bei der Zukunftsstaats-Debatte eine große Volksversammlung in Halle volle Zustimmung aus und forderte sie auf, auch ferner mit aller Energie für die Arbeiterinteressen einzutreten. Heftige Erklärungen liegen aus allen Orten vor, wo bisher über die Angelegenheit referirt wurde. So aus Barmsiedt, wo nach einem Referate des Hamburger Genossen Theis die Versammlung in einer einstimmig angenommenen Resolution u. a. erklärte: „Insbesondere ist sie der Ueberzeugung, daß in der fünfjährigen Zukunftsstaats-Debatte des Deutschen Reichstages seitens der Gegner nur Vieh geschmiedet worden ist und daß die sozialdemokratischen Abgeordneten den Standpunkt der Sozialdemokratie würdevoll vertreten haben. In der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms erblickt die Versammlung das Ziel, nach welchem wir mit allen Mitteln streben müssen.“

Partei-Organisation. Der Sozialdemokratische Verein Alt-Leipzig (innere Stadt) zählt gegenwärtig rund 350 Mitglieder.

Parteiinnungen. Kreis Homburg v. d. S. Jahres-Einnahme des Vertrauensmannes 484,26 M., Ausgaben 336,40 M.

Erster westpreussischer Parteitag. Elding. Nach der Wiedereröffnung wird in die Verhandlung über den dritten Punkt der Tagesordnung: Landagitation und Presse, eingetreten. Genosse Fichtmann führt aus, daß es ein berechtigter Wunsch der Genossen sei, eine Zeitung zu schaffen, welche den Gegnern Stand zu halten vermöge. Einer Partei der Armen, wie es die unferige ist, halte es aber schwer, die Mittel dafür aufzubringen. Es sei einleuchtend, daß nicht von vornherein berechnet werden dürfe, ob das Unternehmen sich auch rentire, vielmehr sei in erster Linie das Bedürfnis des Volkes maßgebend. Und das Bedürfnis nach einem Organ sei in weiten Schichten vorhanden. Vom Parteitage in Berlin wäre ja auch der Antrag, eine Zeitung für Ost- und Westpreußen zu gründen, angenommen worden; eigentümlich sei nun aber die Stellung, welche die Königsberger Genossen in dieser Frage einnehmen. Deren Bestreben, ein täglich erscheinendes Blatt zu gründen, lasse sich nicht mit den Bedürfnissen der Provinz vereinigen. In Betracht zu ziehen sei ferner, daß bei der Entscheidung über den Ort, wo ein solches gemeinschaftliches Blatt erscheinen solle, die Wahl doch auf Königsberg fallen würde. Werfe man die Frage auf, warum die Königsberger Genossen ihr früheres Blatt nicht zu halten vermochten, so habe dies einerseits an der Ueberzeugung dieser Genossen gelegen, andererseits aber daran, daß die Parteileitung, durch den Beschluß des Parteitages in Halle gebunden, keine genügende Unterstützung gewähren konnte. Auch bei Gründung eines neuen Blattes in Königsberg würden Zuschüsse erforderlich sein, vielleicht wieder in solchem Maße, daß der Partei die Last zu groß würde. Der Redner kommt zu dem Schlusse, daß die Frage noch nicht spruchreif ist. Es sei daher das Vernünftigste, daß man für bessere Verbreitung der bestehenden Parteiblätter Sorge.

Jochem-Danzig ist nicht der Meinung, daß die Zeitungsfrage für Ost- und Westpreußen noch nicht spruchreif sei. Das Bedürfnis bestehe schon lange, wie die Gründungen von Blättern in den Provinzen bewiesen. Aus welchen Gründen diese Blätter zu Grunde gegangen sind, läßt sich nicht genau feststellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind die Unternehmen nicht mit der nötigen Sorgfalt geleitet worden. Der Parteivorstand empfiehlt, daß ein Blatt, verbunden mit dem „Teltow-Beestower Volksblatt“ unter Aufnahme der für die Provinzen wichtigsten Mittheilungen und Nachrichten, wöchentlich dreimal erscheine. Dieses Unternehmen wird jedenfalls nicht genügen, da die Zahl der Abonnenten nur klein bleiben wird. Trotzdem ist es wohl das Beste, wenn man dem Vorschlage des Parteivorstandes zustimmt, und namentlich, da in Aussicht gestellt ist, bei genügender Abonnentenzahl das Blatt sechs- bis wöchentlich erscheinen zu lassen. Curt-Danzig spricht gleichfalls dafür, daß dem Vorschlage des Parteivorstandes zugestimmt wird, ebenso Herrmann-Elding.

Burg-Bromberg schildert die Erfahrungen, die er mit der Verbreitung von wöchentlich einmal erscheinenden Zeitungen gemacht hat und empfiehlt die Annahme des Vorschlages des Parteivorstandes, nur hätte er gewünscht, daß der Parteivorstand schon auf dem Parteitage in Berlin die heute gegebene Auskunft erteilt hätte. Es sprechen noch verschiedene Redner für

und gegen den Vorschlag des Parteivorstandes und wird beschlossen, den Parteivorstand zu ersuchen, eine Zeitung für Westpreußen, in Verbindung mit dem „Teltow-Beestower Volksblatt“ dreimal wöchentlich erscheinend in Danzig herauszugeben. Genosse Fichtmann schildert sodann die Schwierigkeiten der Landagitation und empfiehlt, daß die Genossen, die in den Städten wohnen, aber auf dem platten Lande aufgewachsen sind, mit ihren Angehörigen oder Bekannten auf dem Lande Fühlung suchen und dort fortgesetzt durch schriftlichen oder mündlichen Verkehr für die sozialistische Bewegung agitiren. Von Werth für die Agitation ist, daß die Flugblätter, welche in der Provinz verbreitet werden sollen, von den Genossen des betreffenden Wahlkreises selbst geschrieben werden. Die Agitation ist zu schwierig und müssen manche Kleinigkeiten berücksichtigt werden, welche dem außerhalb des Kreises wohnenden Genossen vollständig entgehen. Bei der Landagitation ist alles zu vermeiden, was unter der Landbevölkerung böses Blut erregen und sie anscheinend beleidigen könnte. Werden alle diese Punkte berücksichtigt, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Die bis jetzt erzielten Fortschritte beweisen dies. Wenn die Leute, welche vollständig von dem Gutbesitzer abhängig sind und eventuell mit Weib und Kind auf die Straße geworfen werden, schon heute sich für die Bewegung durch Abgabe des Stimmzettels erklären, wie viel mehr wird dies geschehen, wenn die Arbeiter etwas unabhängig gestellt werden und besonders eine längere Arbeitszeit erhalten. Mündlich und schriftlich muß agitirt werden, dann müssen und werden wir vorwärts kommen. Germal-Danzig schildert in einer Reihe einzelner Darstellungen die Schwierigkeiten der Landagitation, aus welchen hervorgeht, daß trotz aller Missethaten der Boden für die Bewegung durchaus günstig ist und nur geschickter und fleißiger Beaderung bedarf. In ähnlichem Sinne spricht Curt-Danzig. Jochem-Danzig wünscht, daß der Parteitag entscheiden möge, ob die Bestimmung weiter bestehen soll, daß das Agitationskomitee in Königsberg seinen Sitz hat. Die Verhältnisse werden es notwendig machen, daß ein besonderes Komitee zur Agitation in Westpreußen eingesetzt wird. Zum mindesten müßte das Königsberger Komitee dahin reorganisiert werden, daß in demselben einige Genossen aus Westpreußen Platz finden. Das Komitee muß sich fester organisiren und außerdem mit größeren Mitteln unterstützt werden. — Nachdem noch verschiedene Redner zur Sache gesprochen, wird beschlossen, ein besonderes Agitationskomitee für den Wahlkreis einzusetzen. Das Komitee soll aus drei Personen bestehen und seinen Sitz in Danzig haben. Die Wahl der Komitemitglieder wird den Danziger Genossen überlassen. Der letzte Punkt der Tagesordnung wird abgesetzt, da bei der geringen Vertretung auf dem Parteitage sich nicht genügend Personen für die Kandidaturen finden. Damit ist die Tagesordnung erledigt und schließt der Vorsitzende den ersten westpreussischen Parteitag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Delegirten und anwesenden Gäste begeistert einstimmen und dann stehend die Arbeiter-Marschmärke singen.

Todtenliste der Partei. Gestorben ist in Weimar der Parteigenosse Krumpolz.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

Genosse G. Ad. Gladowitz in Zwickau hat die Aufforderung erhalten, am 6. März die wegen Beleidigung der Bergwerksverwaltung gegen ihn erkannte Strafe von einem Jahre Gefängnis anzutreten. Er hatte die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, ein Versuch, das hoffentlich noch nicht erledigt ist.

Der Verurtheilung des Redakteurs Dr. Diederich in Dortmund lagen zwei Anklagen, und zwar eine wegen Beleidigung der Gesehtschener Polizei, die andere wegen Beleidigung des Ober-Bürgermeisters Schmieding zu Grunde. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, das Gericht erkannte, wie schon erwähnt, auf 8 Monate, und gab dem Antrage des Verteidigers auf Entlassung Diederichs aus der Untersuchungshaft statt für den Fall, daß 10 000 M. Kaution gestellt würden. Bemerk sei noch, daß der Redakteur Dr. Diederich geschlossen im Wagen zum Gericht gebracht wurde. Als der Verteidiger beantragte, das Fesseln bei der Rückfahrt zu unterlassen, genehmigte der Vorsitzende solches als eine Ausnahme, für die er persönlich die Verantwortung tragen müsse.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 2. März, Nachmittags 5 Uhr.

Die Einführung und Verpflichtung des neugewählten Stadtv. Demke erfolgt in üblicher Weise.

Der Stadthalter, frühere Stadtrath Sarre ist gestorben; die Versammlung ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sigen.

Stadtv. Singer zeigt 14tägigen Urlaub an.

Die Auswahl der im Etatjahre 1893/94 neu bezugzunehmenden Straßen und Plätze ist von dem dafür niedergesetzten Ausschuss festgestellt worden.

Das Verzeichnis der 15 neu zugulassenden Straßenstrecken beantragt Stadtv. Heilmann im Etatsanschuss nochmals prüfen zu lassen. Die hier in Frage kommenden Straßen seien zum Theil noch gar nicht bebaut (Laden), wenigstens zum größeren Theil noch nicht benannt. Bei der heutigen Finanzlage müsse man überall zu sparen versuchen; Störungen des Verkehrs würden dadurch nicht entstehen.

Stadtv. Dinsie: Auf die Finanzlage lasse sich doch ein so ungewöhnlicher Antrag nicht begründen. Seit unklarer Zeit sei so wie diesmal verfahren worden. Bei der Stadtrathung sei es ja der Versammlung undenkbar, einen Abbruch an der Ausgabe deponirten für Pflasterungen zu machen; dann würde es Sache der Verwaltung sein, unter den Straßenstrecken eine Auswahl zu treffen und die weniger dringlichen Pflasterungen auszuscheiden.

Stadtv. Deter beantragt, auch den noch nicht asphaltirten Theil der Spandauerstraße in die Vorlage einzubringen.

Stadtv. Borgmann: Ich weiß nicht, ob Herr Heilmann bei seinem Antrage die Arbeitslosigkeit des letzten Winters vorgeschwebt hat (Widerspruch und Sehr richtig!). Eine ganze Reihe von Straßen befindet sich in einem der Stadt Berlin nicht würdigen Zustande. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt zu sehen, daß dies sogar in bevorzugten Theilen der Stadt der Fall ist; dort herrschen theilweise Zustände, die uns beschämen müssen. Wir haben vor kurzem Anträge vom Magistrat bekommen, welche viel größere Summen in Aussicht nehmen, und da hat man auf die Finanzlage keine Rücksicht genommen. Ich muß mich wundern, daß hier in der Versammlung Jemand gegen gutes Pflaster auftreten kann. Bechten Sie den Antrag ab!

Stadtv. Werth tritt für den Antrag Heilmann ein. Der Etatsanschuss müsse bei der jetzigen Finanzlage prüfen, ob die Stadt auch diesmal wieder Millionen für Neupflasterungen ausgeben könne. Man habe Jahrzehnte lang Millionen, in einem Jahre mehr als 8 Millionen für solche Pflasterungen bewilligt; ob das so weiter gehe, müsse jetzt prinzipiell untersucht werden.

Stadtbaurath Dobrecht bittet, aus praktischen Gründen den Antrag abzulehnen. Der „Pflasterauschuss“ sei die kompetente Stelle zur Beurtheilung des Bedürfnisses; im Falle der Nothwendigkeit einer Reduktion aus finanziellen Gründen werde der vom Stadtv. Dinsie gezeigte Weg zu beschreiten

sein. Nebenbei sollte man wegen der Finanzlage doch nicht zu schwarz sehen, sondern sich an das alte Berliner Wort halten: "Vange machen gilt nicht!" (Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung.)

Stadtv. **S. Mann**: Herr Heilmann wie Herr Gerth übersehen, daß die Pflasterung der Straßen vor ihrer Bebauung gesetzlich vorgeschrieben ist.

Stadtv. **Heilmann** kann nicht erkennen, wie sein Antrag mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängen soll. Der Etat fordert 6 1/2 Millionen mehr an Ausgaben; für Pflasterungen seien zuletzt 8—4 Millionen ausgegeben worden. Da müßte doch ein langsame Tempo eintreten.

Stadtv. **S. Ortman**: Die Ausgaben für Straßenpflasterung sind sehr produktiv angelegt. Durch die Pflasterung des Etat balanzieren, wie es Herr Gerth wünscht, davor möchte ich doch dringend warnen.

Der Antrag Heilmann wird zurückgezogen, die Vorlage nach den Ausschüßanträgen angenommen, der Antrag Deter wegen Asphaltierung der Spandauerstraße vom Rathhause bis zum Molltenmarkt abgelehnt.

Zur ersten Beratung steht sodann der Stadthaushalt für 1893/94. Der Entwurf balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 84 535 014 M., etwa 4 1/2 Millionen mehr gegen das laufende Jahr. Zur Deckung der Mehrausgaben hat der Magistrat eine Erhöhung des Satzes für die Kommunalsteuer von 70 auf 80 pCt. der Staats-Einkommensteuer in Aussicht genommen.

Stadtv. **Sp. nola** beantragt, die Beratung über den Etat mit derjenigen über die gleichzeitig vorgelegten Etats des Viehmarktes und Schlachthofes, der Fleischschau, der Kanalisationsverwaltung und der Riefelfelder, der Wasserwerke, Gasanstalten, Markthallen, der Hauptkasse der städtischen Werke und der Subventionen und der Vorspannverwaltung zu verbinden und sämtliche Vorlagen einem besonderen Etatsausschusse zu überweisen.

Kämmerer **Maas**: Im vorigen Etat waren wir in der glücklichen Lage, den Etat mit 70 pCt. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer festzusetzen. Bekanntlich haben wir früher lange Jahre 100 pCt. erhoben. In dieser glücklichen Position haben wir uns nicht allzu lange besunden. Die 70 pCt. des vorigen Etats beruhten auf anormalen Verhältnissen. Wir hatten einen außerordentlich hohen Ueberschuß von 3 600 000 M. in den Etat einzustellen und wußten außerdem, daß ein neues Einkommensteuer-Gesetz mit erheblicher Erhöhung des Steuerbetrags eingeführt werden würde. Ferner hatten wir das neue Polizeikosten-Gesetz noch nicht, welches wir jetzt haben. Diese anormalen Zustände machten die Herabsetzung möglich; jetzt ist das nicht mehr thunlich. Der neue Etat erfordert 21 Millionen Einkommensteuer oder ein Plus von 6 1/4 Millionen gegen das Vorjahr. Prozentual wird das 20 pCt. ausmachen, und wir kommen somit auf 90 pCt. Zuschlag. Der Etat balanciert mit 84, die städtischen Werke mit 50 Millionen Mark. Wir brauchen zunächst für das neue Polizeikosten-Gesetz 2 Millionen, da wir 2,50 M. pro Kopf nach dem Gesetze beizuführen haben. Der große Ueberschuß von 3 600 000 M. im Vorjahre wird diesmal nicht zur Hälfte erreicht, wir können aus 1891/92 nur 1 700 000 M. einstellen. Ferner verlangt der Armen-Etat 1 Million im neuen Jahre mehr; er wird diesmal für Almosen 3 500 000 M. oder mehr 4 000 000 M. gegen das Vorjahr aus, ebenso 100 000 M. mehr für Pflegegelder. Hier zeigt sich also ein ganz rapides Anwachsen. Die Kanalisationsverwaltung erfordert gleichfalls einen erheblichen größeren Zuschuß. Für die Verbreiterung der Gertraudenstraße sind im Extraordinarium 3 Millionen eingestellt. Die Erwerbung der betreffenden Grundstücke konnte nicht, wie mehrfach privatim und entgegen getragen worden ist, auf mehrere Jahre vertheilt werden; die Erwerbungen sind vielmehr vollzogen. Trotz der bedeutenden Mehreinnahmen (u. a. ein Plus von 900 000 M. aus der lex Quens, bei der Mieths- und Haussteuer je 300 000 M., Hundsteuer 100 000 M.) muß in dem angegebenen größeren Umfange auf die subsidiäre Leistung der Einkommensteuer zurückgegriffen werden, zumal die städtischen Werke in Ueberschüssen sämmtiger geworden sind. Die Gaswerkermietzen sind reduziert und betragen nur noch ein wenig über die Selbstkosten (hört! hört!). Bei den Wasserwerken treten erhöhte Ausgaben für die fertig werdenden Neu-Anlagen ein. Die Markthallen erfordern zum ersten Male einen Zuschuß von über 100 000 M. Die Einnahmen aus den peripherischen Markthallen IX—XIII sind ganz unverhältnismäßig zurückgegangen. Die Anleihschulden der Stadt werden zum 1. April im Ganzen 282 Millionen betragen. In sieben Jahren sind die Anleihschulden vermehrt worden um 108 Millionen, davon entfallen 56 Millionen auf die städtischen Werke, der Rest auf die eigentliche Kämmererei. Die Uebernahme von Kaufsummen auf Anleihen ist dem Wunsche der Versammlung gemäß zunächst eingeschränkt. Im allgemeinen ist der Betrag der Anleihen kein Grund, unsere Finanzlage als nicht durch und durch solide zu bezeichnen. Im laufenden Jahre ist die veranschlagte Einkommensteuer voll eingegangen, Mieths- und Haussteuer sind zwar noch um 900 000 M. zurück; auch dieser Rest wird aber eingehen. Mehr als 800 000 M. Plus für jede liegt sich aber nicht einsehen, wenn man die 29 000 leer stehenden Gassen bedenkt. Die Dienstalterszulagen lassen sich nicht so leicht einführen. Wir müssen auf diesem Gebiete langsam und sicher vorgehen, eine plötzliche Einführung stellt uns den ganzen Normaletat für die Behrer auf den Kopf. Außerdem muß dieses System dann für alle Beamten und nicht bloß für die Lehrer eingeführt werden. Für die städtischen Beamten besteht nach meiner Meinung übrigens mehr Aussicht zu avancieren beim Stellenetat als bei den Alterszulagen. Ich empfehle den Etat Ihrer Wohlwollenden und eingehenden Prüfung.

Stadtv. **Meysner**: Wir haben diesmal den Etat sehr spät bekommen; wir müssen in dieser Beziehung durchaus um eifrigere Thätigkeit der Verwaltungsdeputationen ersuchen. Dafür ist aber der Etat um so vortheilhafter aufgestellt. Einnahmen und Ausgaben sind mit aller möglichen Vorsicht abgewogen. Wenn auch etwas wird abgehandelt werden können, auf 75 oder gar 70 pCt. werden wir nicht zurückgelangen. Die finanziellen Ergebnisse der letzten Jahre sind sehr beläunzend; was würden wir jetzt ohne die Miethsteuer anfangen? Was wollen Sie an die Stelle setzen, was weniger drückt als diese Steuer? Wie die Verhältnisse jetzt liegen, wird wohl der Antrag auf Abschaffung der Miethsteuer von seiner Seite gestellt werden. Unsere Finanzlage ist gleichwohl eine gute. In betreff neuer Anleihen werden wir allerdings vorsichtig sein und möglichst viel aus den laufenden Einnahmen zu decken suchen müssen. Von großen Neuerungen ist in diesem Etat nirgend die Rede; wir haben auch gar keinen Grund, uns danach zu sehnen. Der geringere Ueberschuß der städtischen Werke wirkt auch nicht depressirend. Die Abnahme der Frequenz der höheren Schulen zu Gunsten der Bürgerschulen halte ich für einen Vortheil; dagegen halte ich die Ansetzung von 100 neuen Klassen bei den Gemeindeschulen für zu hoch. Die höhere Zahl der leerstehenden Gassen führte ich darauf zurück, daß ein Theil unserer Bevölkerung in die Vororte zieht, um dort vielleicht billiger fortzukommen. Auch dieser Etat zeigt uns, daß 80 pCt. der gesammten Ausgaben der ärmeren Bevölkerung zu gute kommen (Widerspruch). Aus dem Etat geht weiter hervor, daß man von den Kernern Kosten für Benutzung der Desinfektionsanstalt nicht mehr einzusetzen beabsichtigt. In den Dispositionsbüchern des Magistrats sind diesmal im ganzen 600 000 M. eingestellt worden. Sollte nicht die Möglichkeit einer ernstlichen Invasion der Cholera besondere Mittel verlangen, da doch Berlin die Pflicht hat, dem Feinde frühzeitig entgegenzutreten?

Stadtv. **Kalisch**: Für meine Freunde bietet der Etat nicht das erfreuliche Bild, welches der Kämmerer und der Vorredner davon haben. Die Kämmererschuld ist von 11 Millionen im Jahre 1880 auf 70 Millionen zu Ende dieses Jahres gewachsen. Diese ungeheure Zunahme nöthigt uns, noch vorsichtiger als bisher mit dem Schuldenmachen vorzugehen. Gegen den ersten Posten der Mehrausgaben, den für die Kanalisation, haben

wir nichts einzuwenden. Bedenklicher ist uns die Erhöhung des Armen-Etats; wenn wir bedenken, daß trotz der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung eine solche Erhöhung eintrat, so muß hier im Ertum etwas liegen, was geändert werden muß. Die vorjährige Erhöhung der Armen-Etats ist fast durchweg beibehalten worden, und ich habe persönlich feststellen können, daß eine ganze Menge junger Männer und Frauen mit laufenden und Extra-Unterstützungen durch die Armenkommissions-Vorsteher versehen werden. Wenn die Gasanstalten, ein Unternehmen ohne eigentliche Konkurrenz, nicht prosperieren, so muß es an der Leitung liegen, diese muß rein kaufmännisch betrieben werden, es müßte endlich daran gegangen werden, die Gaspreise zu ermäßigen. (Zustimmung.) Der Ueberschuß aus dem Vorjahre wird im nächsten Jahre entschieden noch geringer werden. Um so mehr sollten wir auf Streichungen und Ersparnisse bedacht sein. Die allgemeine Lage halte ich auch nicht für bedenklich. Erfreulich bleibt es, daß wir immer noch 60 pCt. aller Ausgaben für die ärmeren, am wenigsten steuerkräftige Bevölkerung aufwenden. Vorschläge zur Vermehrung der Einnahmen zu machen, ist sehr schwer. Unter anderem könnten vielleicht die Feuer-Versicherungs-Gesellschaften Beiträge zahlen, wie es die städtische Societät thut. Auch auf den Riefelfeldern könnte gespart werden. Dort stehen Prachtbauten, wegen deren Errichtung man uns gar nicht gefragt hat.

Stadtv. **Sp. nola**: Auf die Ausdehnung des Gaskonsums muß Bedacht genommen werden. Die Unterscheidung zwischen Heizungs- und Leuchtgas sollte aufgehoben und der Preis herabgesetzt werden. (Zustimmung.) Die neuen Wasserwerke sollten mit größter Beschleunigung aufgebaut und dem Verkehre übergeben werden. Eine Garantie, daß Berlin von der Cholera verschont bleibt, können wir doch nicht übernehmen, und zu ihrer Bekämpfung ist vorzüglich reines, gut filtrirtes Trinkwasser geeignet. Ferner ersuche ich um thunlichste Beschleunigung des Baues des XII. Radialsystems der Kanalisation, zu dem der Viehhof gehört. Von den Markthallen erfordert eine nicht weniger als 58 000 M. Zuschuß. Wir sind vielleicht mit dem Bau zu schnell vorgegangen. Fraglich ist auch, ob die gleiche Bemessung des Markthandels in allen Hallen ohne Rücksicht auf ihre Lage das Richtige ist. (Zustimmung.) Diese Frage müßte die Verwaltung einer genauen Untersuchung unterziehen.

Stadtv. **Sogherr**: Für die Freunde der Miethsteuer ist das abgelaufene Etatsjahr insofern insofern ein ruhmvolles gewesen, als es ein Jahr war, welches ohne einen bestimmten Antrag gelassen ist, der die Aufhebung oder Ermäßigung der Miethsteuer verlangte. Wenn auch wir damit nicht gekommen sind, so hat das nicht unsere Neigung für diese Steuer ausgedrückt, sondern wir halten nach wie vor die Miethsteuer für so schlecht wie viele von Ihnen, wir halten sie aber nicht für reformbedürftig, sondern nur für abschaffungsfähig, die Kommunalsteuer haben wir schon im vorigen Jahre nicht ernähren, sondern auf dem alten Satze belassen wollen, den Mehrertrag hätte man von der Miethsteuer absehen sollen. Ein Beginnen, wie es heute Herr Gerth vorgeschlagen hat, halten wir für ganz unrichtig. Wenn es sich um Mehreinnahmen handelt, sollte man vielmehr zu dem Satze von 100 pCt. zurückkehren, ja diesen Satz noch weiter erhöhen, wenn dadurch die Abschaffung der Miethsteuer ermöglicht wird. Die Miethsteuer hat selbst in ihrer jetzigen reformirten Form die alten Vorwürfe der ungerechten und unpraktischen Wirkung gegen sich. Abgesehen von dem Generalfehler der gleichen Besteuerung von Miethhäusern und Geschäftsräumen wird der bisherige Ertrag dadurch unvortheilhaft gemacht, daß die Miethung zweier verschiedener Räume in verschiedenen Häusern immer für die Steuerberechnung zusammengeworfen wird, die Steuerfreiheit des einen dieser Räume also dadurch in Wegfall kommt. Hat jemand z. B. eine Wohnung von 200 M. und eine Geschäftsetzler von 400 M., so würde er also eigentlich für die Wohnung keine und für den Keller 8 M. Miethsteuer zu bezahlen haben. Er zahlt aber in Wirklichkeit für 600 M. 18 M. Miethsteuer. Dieses Verfahren scheint mir nicht dem Miethsteuer-Regulativ zu entsprechen. Es wird dadurch nur die Ungleichung nahe gelegt, daß das eine Total von dem Mann, das andere von der Frau gemiethet wird. Die Mindereinnahmen aus der Herabsetzung der Gaswerkermietzen muß ich beanstanden. Die Miethregel scheint mir nicht gut, noch gerecht. Die Gaswerkermietze ist eine Abgabe, über die sich streiten läßt; sie hat allerdings etwas Widersinniges an sich. Halten Sie aber die Einrichtung für berechtigt und wollen Sie andererseits eine Wohlthat auf diesem Gebiete erwirken, dann muß man dem Vorschlage des Herrn Kalisch folgen und die Gaspreise ermäßigen und zwar unter Beibehaltung der Differenzierung zwischen Gas zu Leucht- und zu Heizwecken. Auch in dem Verlaufe der Woche sollte eine Minderung eintreten, und das Schwanken des Preises befeitigt werden. Wenn Berlin neue Einnahmequellen braucht, dann haben wir doch keine Veranlassung, für die Wohlthaten und Konzessionen, die wir den Verkehrsgesellschaften u. s. w. gewähren, uns so billig wie bisher abfinden zu lassen. Die neuen, jetzt in der Luft schwebenden Konzessionen dürfen unter keinen Umständen so leicht wie bisher vorgehen werden; es müssen erziehbare Abgaben an die Stadt gezahlt werden. Verschiedene Vorredner weisen auf die Thatsache hin, daß 60 1/2 pCt. aller Ausgaben für die ärmeren Bevölkerung geleistet werden. Diese Behauptung ist nicht richtig. Wenn es Herr Meyer I beabsichtigt, so sind wir gewiss damit einverstanden. (Heiterkeit.) Es handelt sich bei dieser Berechnung um sämmtliche Gemeindeschulen, Kranken- und Irrenhäuser, die doch neben der ärmeren Bevölkerung auch der mittleren und besser situirten zu gute kommen. Die Entzückung des Kollegen Kalisch über die gestiegenen Armenlasten und über die Verwendung von Geldern an unrichtiger Stelle kann ich nicht theilen. Mißgriffe werden sich nie vermeiden lassen, sie werden aber mehr als aufgewogen durch die zahllosen Fälle, wo Arme nicht genügend unterstützt werden (Unterbrechung), nicht aus bösem Willen, sondern aus Kurzsichtigkeit und anderen zufälligen Ursachen. Wir sind der Meinung, daß die Stadt der arbeitenden Bevölkerung soviel Arbeitsgelegenheit wie nur irgend möglich verschaffen muß. Es kommt nicht bloß auf das richtige Maß, sondern auch auf die richtige Zeit an. Einem übertriebenen Ueberschusse hat sich der Magistrat bisher nach unserer Beobachtung nicht schuldig gemacht. (Zwischenrufe.) Bei 21 Grad Kälte hat noch niemand die Fortsetzung der Bauthätigkeit verlangt, aber wir hatten schon längst mildere Witterung, wo eine stärkere Inangriffnahme städtischer Arbeiten wohl möglich gewesen wäre. Heute, wo wir schon wochenlang Thaumetter haben, sind an dem großen Bau der dreifachen Schule in der Stephanstraße ganze 3 Maurer beschäftigt, wo 60—100 beschäftigt sein könnten! Wir haben es doch an Anregungen in bezug auf diesen Punkt nicht fehlen lassen. Wir bitten Sie, sich in Ihren Entscheidungen nicht beirren zu lassen durch den schönen Wahn, daß schon so wie so zwei Drittel aller Ausgaben der ärmeren Bevölkerung zu gute kommen; gerade in der jetzigen Zeit haben die großen Kommunen alle Ursache, ihr Augenmerk auf das Wohl und Wehe ihrer ärmeren Mitbürger zu richten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlufsantrag wird abgelehnt.

Stadtv. **Wallen** (Bürgerpartei) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners betreffend die Miethsteuer. Die Heranziehung zum Gesamtmietzwerte beruhe auf ausdrücklichem Gemeindecathol. Die Miethsteuer sei allerdings besser auszugeben und die Einkommensteuer entsprechend zu erhöhen. Doch werde diese Frage erst praktisch werden, wenn das neue Steuer-Gesetz in Kraft getreten sei. Die Schwierigkeiten bei der Einführung des Systems der Dienst-Altterszulagen kämen nur für eine Uebergangszeit in Betracht. Es handle sich um die Befestigung der bisherigen Willkür im Avancement; das sei doch wohl etwas mehr, als der Kämmerer in dem neuen System erblicke.

Nachdem noch Stadtv. **S. lge** dagegen protestirt, daß auf

den Riefelfeldern Prachtbauten ohne Genehmigung der Versammlung errichtet worden seien, schließt die erste Beratung.

Stadtv. **Kalisch** zieht die eben erwähnte Bemerkung als einen lapsus linguas zurück.

Stadtrath **Marggraf**: Es ist auf den Riefelgütern kein Bau ausgeführt, der nicht die Genehmigung der städtischen Behörden erhalten hätte, noch sind dort Luxusbauten errichtet worden. Der Etat und sämmtliche Spezial-etats werden einem besonderen Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen.

Ueber den Stand der Arbeiten im Viktoriä-Park giebt der Magistrat dahin Auskunft, daß noch ein kleiner Theil des Bettes für das untere Ende des Wassersturzes, sowie eine leichte Ueberbrückung über den seitlich nach Westen abfallenden kleinen Sturzbach herzustellen ist. Außerdem sind noch einige Wege und Anpflanzungen um das voraussichtlich Ende Juni im Rohbau hergestellte Maschinenhaus zu reguliren bzw. herzustellen. Ende August wird die Wasserkunst, über welche, entsprechend dem Beschlusse der Versammlung vom 9. Juni v. J., eine Fahrbrücke nicht hergestellt werden soll, in Betrieb gesetzt werden können.

Die Vorlage wird ohne Debatte zur Kenntniß genommen.

Die Vorstellung eines städtischen Elektrotechnikers wird entsprechend dem Magistratsantrage beschlossen.

Das Preisgericht hat über die 76 für den Neubau eines Räkischen Provinzialmuseums eingegangenen Pläne beschlossen. Die 3 Preise von 4000, 2500 und 1500 M. sind den Architekten Möller-Berlin, Eggert-Biesbaden und Saar u. Wahl-Berlin zuerkannt. Sämmtliche Arbeiten sind bis zum 15. März im Rathhause ausgestellt.

Schluß 8 Uhr.

Tokales.

Die Beschwerde über das polizeiliche Verbot des Festspiels auf dem Feste der Arbeiter-Bildungsschule ist vom Oberpräsidenten durch nachstehenden Bescheid an den Vorsitzenden derselben, Genossen Mattat, zurückgewiesen:

Die Beschwerde, welche Sie Namens des Vorstandes der Arbeiter-Bildungsschule am 25. v. M. bei dem hiesigen Herrn Regierungspräsidenten darüber erhoben haben, daß die für den 21. v. M. im Feenpalast in Aussicht genommene Aufführung des Festspiels:

„Die französische Revolution. Episch-dramatische Dichtung in 12 lebenden Bildern von G. M. Scävola“ polizeilich verboten worden, ist mir zur zuständigen Verfügung zugegangen.

Demzufolge erwidere ich Ihnen nach Prüfung der Sache, daß ich aus den Ausführungen Ihrer Beschwerde keinen Anlaß zu entnehmen vermag, die angefochtene Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten zu Berlin vom 20. v. M. aufzuheben. Das im Ordnungs- und sittenpolizeilichen Interesse erlassene Verbot erscheint vielmehr begründet.

Der Oberpräsident,
Staatsminister Kogenbach.

Ueber eine Missethat in der Veteranenstraße, woselbst in der Nacht zum Mittwoch der Gutmacher Bebbard dem Konditorgehilfen Peters mit einem Rasirmesser einen Stich ins Auge versetzte, wird uns folgendes Näheres berichtet: B. hatte seine Braut, die in dem Hause Veteranenstr. 19 wohnt, nach Hause begleitet und durchschritt mit derselben gegen 2 Uhr Morgens den Hofraum, als Peters an das Paar herantrat und das junge Mädchen bedrängte. Wie nun Bebbard gelegentlich der polizeilichen Vernehmung schilderte, sei er, als er dem Peters Vorwürfe über das Benehmen, das er einer Dame gegenüber an dem Tag gelegt, gemacht habe, von demselben ohne weiteres geschlagen worden. Daraufhin wäre er so wüthend geworden, daß er ein Messer gezogen und blindlings auf den Wegner losgeschossen habe. Die Verwundung des Konditorgehilfen soll übrigens eine wenig gefährliche sein und dürfte derselbe das Augenlicht nicht einbüßen.

Beim Geldzählen überfallen wurde Mittwoch Vormittag im Flur des Hauses Meherstr. 40 ein Kaufbruder, der auf dem Fensterbrett des Treppenaufganges seine Baarschaft, die er eben einer Geldtasche entnommen hatte, zählen wollte. Plötzlich wurde er von hinten durch einen Mann angefaßt, der ihm die Augen zubielt, während ihm ein Zweites die Geldtasche aus der Hand riß und das ausgezählte Geld an sich nahm. Beide eilten darauf die Treppe hinunter. Ein Hausbewohner, der den Hissfuß des Durchgehenden sah, schloß die Hausthür und stellte sich vor den Eingang, um die Flüchtenden festzuhalten. Er mußte aber, da die Thüre mit Messern auf ihn eindringen, die Thüre freigegeben. Auf der Straße wurden die Thäter aber ergriffen und als der Rauscher Mitleid und der „Arbeiter“ Kolterjahn festgesetzt.

Ueber die Untersuchung wegen der Ermordung des Fräuleins Wast in Döringsbrück theilt der „Anz. f. d. S.“ mit: Weitere Nachforschungen haben zu der Verhaftung des Bildhauers Adolf Jhloff in Nordend bei Rosenenthal geführt. Jhloff nennt sich Handelsmann, nähert sich aber fast ausschließlich zum Bildhauerstand. Er ist schon häufig deshalb bestraft und war auch in dem Bildhauerprozeß verurtheilt, der am 18. Oktober 1889 vor dem Landgericht II zu Berlin verhandelt wurde. Damals wurde Jhloff zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt. Jhloff hat seine Strafe verbüßt, aber nach seiner Haftentlassung sofort wieder Bildhauerei getrieben. Er zog nach Nordend bei Rosenenthal, wo er schon im schönsten Jagdgesilde wohnte, aber seine Streitereien durch die ganzen ausgedehnten Forsten des Kreises Niederbarnim und selbst in die benachbarten Kreise ausdehnte. Gegen ihn und mehrere Spiegelgesellen schwebt bereits ein anderes Verfahren wegen Jagdvergehens. Neuerdings haben sich nun schwerwiegende Verdachtgründe dafür gefunden, daß es Jhloff ist, der den Fräulein Wast erschossen hat. Er ist verhaftet und dem Amtsgericht in Kremenm zugeführt worden.

Eine eigenthümliche Wendung hat die Angelegenheit bezüglich des am vorigen Freitag aus Groß-Bichterfelde verschwandenen Bahnhofsinspektors S. genommen. Als am Dienstag spät Abends ein auf dem dortigen Bahnhof angestellter Arbeiter nach Schluß des Lokales auf dem Hauptgebäude vorbeiging, bemerkte er auf der Steintreppe an der Eingangs Thür einen Mann sitzen. Er trat an ihn heran und versuchte ihn aufzurütteln. Da er keine Antwort erhielt, leuchtete er ihm ins Gesicht und erkannte den kürzlich verschwundenen Inspektor Saaler, dessen Hände völlig kalt waren, und der kein Wort herauszubringen vermochte. Man trug ihn in die Dienstrede und dann in seine Wohnung, wo er noch jetzt darniederliegt. Was mit ihm geschehen ist, und wo er sich aufgehalten hat, ist noch nicht klar.

Todt aufgefunden wurde vorgestern Morgen der Bauwächter August Reulicher in einer Baubude der Pumpstation am Stralauer Thore, wo er beschäftigt war. Arbeiter hatten ihn kurz vorher, 7 Uhr, noch gesprochen. Keuere Verletzungen sind nicht wahrzunehmen.

Druckfehler. In dem vorgestrigen Lokalarikel: „Unter der Ueberschrift: Eine eigenthümliche Praxis“ heißt es zu Nr. 2: „Für etwaige Kurkosten kann hiebei nicht angeführt werden.“ Es soll heißen statt Kurkosten: „Fuhrkosten.“

Polizeibericht. Am 1. d. M. Morgens wurde auf dem Flur des Hauses Wehlerstr. 5 die Leiche eines etwa 2 Monate alten Kindes aufgefunden. — Auf der Kurfürstendamm geriet Vormittags ein einen Handwagen fahrender Hausdiener unter

die Räder eines Kohlenwagens und erlitt eine so bedeutende Quetschung des Oberschenkels, daß seine Ueberführung nach der Charite erforderlich wurde. — Auf der Treppe des Hauses Zionstempelplatz 15 fiel Nachmittags ein an Krücken gehender Arbeiter infolge eines Fehltritts zu Boden und brach den Unterschenkel. — Gegenüber dem Hause Friedrichsgracht 52 sprang ein obdachloser Kürschner in den Spreelanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — Vor dem Hause Dragonerstraße 33 fiel Abends ein elfjähriger Knabe beim Bestiegen eines in der Fahrt befindlichen Rollwagens zur Erde, wurde überschlagen und an der Brust so schwer verletzt, daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden vier Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Stleben, 2. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Staatsanwalt beantragt gegen Franke 2 Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung, gegen Volk 6 Monate, gegen Ritter 4 Wochen, gegen Krüger 6 Wochen Gefängnis. (Die vier Genannten standen auf Seiten der Sozialdemokratie.) Sodann beantragt er gegen Eibau und Wunderlich je 1 Monat, gegen Glaz 2 Monate, gegen Breithaupt 4 Wochen, gegen Neupert und Krüger je 6 Wochen, gegen Zich und Günther je 14 Tage, gegen Doetmeyer 3 Monate, gegen den Polizeifergeanten Köhler 4 Monate, gegen Frieh 6 Wochen Gefängnis, gegen Weinroth Einstellung des Verfahrens und gegen Hoffmann Freisprechung. Die Verhaftung Franke's wurde vom Gerichtshofe abgelehnt. Das Urtheil soll am 9. März verkündet werden.

Der Bericht über den letzten Verhandlungstag folgt in der nächsten Nummer.

Wegen eines dreifachen Strafenraubes hatte sich gestern der Straßhändler Albert Töpfer vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Am 3. November v. J. Abends gegen 11 Uhr, ging der Photograph Max Höwig mit einem Freunde die Markussstraße entlang. Bei der Langenstraße trat plötzlich der Angeklagte auf Höwig zu, gab ihm einen wuchtigen Faustschlag ins Gesicht und mit einem kräftigen Ruck riß er ihm die Uhrkette entwei und eignete sich den einen Theil mit der Uhr an. Der Ueberfallene verlor infolge des heftigen Faustschlages einen Augenblick die Besinnung und stürzte zu Boden, der Angeklagte aber bearbeitete ihn dann mit seinen Stiefelabsätzen und entloß mit seinem Raube. Er kam jedoch nicht weit; er wurde von dem Begleiter des Ueberfallenen und einigen Straßengespänten, welche den letzten Theil des Vorganges mit angesehen hatten, verfolgt und schließlich festgenommen, nachdem er kurz vorher die geraubte Uhr weggeworfen hatte. — Er wollte die Geschworenen davon überzeugen, daß er sinnlos betrunken gewesen sein müsse. Dieser Nachweis gelang ihm aber nicht. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß eine derartige Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eine nachdrückliche Strafe erheische und verurtheilte deshalb den Angeklagten zu 6 Jahren Zuchthaus und den Nebenstrafen.

Verknäpft. Vor der Verfassungs-Strafkammer stand gestern ein Angeklagter, der vom Schöffengericht zu Gefängnis verurtheilt worden war, weil er einen Anderen hinterlistig überfallen und demselben einen Messerstich beigebracht hatte. Er behauptete, das Opfer einer Personenverwechslung geworden zu sein, er habe

an dem betreffenden Abende seine Wohnung gar nicht verlassen. Die Zeugen erkannten ihn aber mit Bestimmtheit wieder, zumal wenn der Angeklagte auf Anordnung des Vorsitzenden seine Kopfbedeckung aufsetzen mußte. „Ist denn dies derselbe Hut, den Sie an jenem Abende aufhatten?“ fragte der Staatsanwalt. „Ja wohl“, erwiderte prompt der Angeklagte. Die Verurteilung wurde verworfen.

Leipzig, 28. Februar. Die bekannten Beschuldigungen des Landgerichtsdirektors Schmidt zu Breslau wegen des Meineides der Sozialdemokraten hatte den Anlaß zu einer Volksversammlung daselbst gegeben, in welcher der Redakteur der „Schlesischen Volkswacht“, Thiel, die Aeußerungen des Schmidt einer scharfen Kritik unterzog. Auf den Strafantrag des letzteren wurde Thiel von der Strafkammer zu Breslau zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Hiergegen hatte der Angeklagte Revision beim Reichsgericht erhoben, die sich begründete auf Verletzung der §§ 198 und 199 des R.-Str.-G.-B., sowie auf Beschränkung der Verteidigung durch Ablehnung der Beweisangebote, durch welche die Grundlosigkeit der Beschuldigungen des Landgerichtsdirektors Schmidt erwiesen werden sollte. Das Reichsgericht verwarf die Revision, da der erste Richter mit Recht aus der Form der Beschuldigung die Absicht der Verleumdung festgestellt habe, der § 199 des Strafgesetzbuchs nur fakultativ sei, d. h. dem Richter freistelle, die Erwidmung einer Beleidigung strafflos zu lassen, und die Beleidigung nicht zu einer Zeit erwidert sei, wo die seelische Beugung noch fortgewirkt, und die Begründung der Ablehnung der Beweisangebote keinen Anhalt zur Beschwerde böten.

Vermischtes.

Polizei und Bürger. Im Markt Szoboszo bei Debreczin kam es, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, wegen der Einführung einer neuen Marktordnung zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung, hauptsächlich den Marktweibern, die die Bezahlung einer Tage verweigerten, und der Gendarmen. Ein förmlicher Kampf entstand, wobei die Gendarmen Gebrauch von ihren Feuerwaffen machten. Vier Frauen wurden sofort getödtet, acht blieben schwerverwundet auf dem Kampfplatze liegen. Schließlich mußten die Gendarmen in das Stadthaus flüchten, worauf dies von der Menge bombardirt wurde. Zur Wiederherstellung der Ruhe ist Militär aus Debreczin requirirt worden.

Wassersüthen in Ungarn. Die Donau überschwemmte wieder mehrere Gemeinden; in Szoboszo stürzten über 200 Häuser ein, 40 000 Joch Acker stehen infolge von Dammbriichen unter Wasser.

Aus einem Irrenhause. Der Gastwirth Nagy, welcher der Irren-Anstalt in Pest übergeben worden ist, sollte am Mittwoch Abend ein warmes Bad erhalten. Die Wärter warfen aber den Unglücklichen in heißes Wasser, in welchem sie denselben trotz seines fürchterlichen Schreies so lange festhielten, bis er gänzlich verbrüht war und kurze Zeit darauf seinen Geist aufgab. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingeleitet und zwei Wärter verhaften lassen.

Literarisches.

Krach in Sicht. Von Adolf Jäger. Bielefeld, Verlag von Ernst Siebhoff.

Der Ultramontanismus innerhalb der katholischen Bevölkerung Deutschlands. Wahlfachliche Studie von J. Stolle.

Sum cuique. Eine Wahlbetrachtung von J. Stolle, Berlin. Verlag des Bibliographischen Bureau's, Alexanderstr. 2.

Zeitschrift für Hypnotismus. 1. Jahrgang. Heft V. Redigirt von Dr. J. Großmann, Berlin, Verlag von Hermann Brierer.

Ein Kommissionsgeschäft des Bankdirektors Colin. Von Freiherr Oskar v. Münch. Nürnberg, Verlag v. Wörlein u. Co.

Neuzeitliche Versuche an lebenden Menschen. Von D. med. Koch. Leipzig, M. Voigt's Verlag. Preis 50 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

St. Georgen (Schwarzwald). Die Verhältnisse sind anderswo auch nicht anders und schon oft besprochen worden. Daher nicht verwendbar.

E. Klose. Ein solcher Artikel ist nicht eingegangen.

D. 20. Geburtsattest der Brautleute und Einwilligung Ihres Vaters (bezüglich Vormundschaftsgerichts und Ihrer Mutter) hat das Standesamt zu begehren. Sprechen Sie auf dem Standesamt baldmöglichst vor.

M. B. Na. Schimpfworte wie „Kachener Gassenjunge“ und Fragen: „Sie sind wohl in der Felsgasse geboren?“ sind gemeine Beleidigungen, auch wenn der Beleidigende ein königlich preussischer Unteroffizier ist. Senden Sie die Briefe vielleicht uns oder einem Abgeordneten direkt zur Verwendung bei der lex Heinze oder bei der Forderung auf mehr solcher Unteroffiziere ein.

Carl M. Wenn Ihnen ein Handwagen gestohlen und von dem Dieb an einen dritten verkauft ist, so muß dieser gegen Zahlung des Kaufgeldes Ihren Wagen Ihnen wiedergeben: Sie können ihn deshalb verklagen. Ergiebt sich aus dem geringen Kaufpreis oder sonstigen Umständen, daß der Käufer wußte, oder wissen mußte, daß der Wagen gestohlen, so muß er ihn ohne Ersatz herausgeben und ist wegen Hehlerei strafbar. Die Strafanzeige können Sie schriftlich bei der Staatsanwaltschaft einreichen.

S. Trebbin. 1. Die Annonce kann als Beweis gelten, falls angenommen wird, der Wirth habe sie gelesen. 2. Der aus der Landeskirche Ausgeschiedene muß zwei Jahre lang Kirchensteuern zahlen.

Sünder. Wenn Sie Ihr uneheliches Kind vom 4. Lebensjahre ab in eigene Erziehung nehmen wollen, so müssen Sie Ihre Absicht und das Verlangen, das Kind herauszubekommen, der Mutter mittheilen. Die Mittheilung kann schon vor dem Geburtstag Ihres Kindes erfolgen. Sie müssen dann persönlich das Kind am Geburtstage oder später abholen. Die Mutter hat jedoch das Recht, die Herausgabe zu verweigern. Verweigert sie die Herausgabe, so steht ihr ein fernerer Anspruch auf Alimonte nicht zu, es sei denn, daß das Vormundschaftsgericht der Mutter die Erziehung des Kindes auch nach dem 4. Lebensjahre überträgt, weil das Kind mütterlicher Pflege bedürftig oder Sie zur Erziehung ungeeignet sind.

Verein der Einsetzer (Tischler)

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 5. März 1893, Vormittags 10^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstr. 44:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag über Gesundheitspflege. 2. Innere Vereinsangelegenheiten.
3. Fragekasten. 145/7
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 4. März, Abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstr. 44:

Branchen-Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Roland: Was wird aus der Sozialdemokratie werden? 2. Diskussion. 3. Vorschläge zur Wahl von 2 Beisitzern zur Fachkommission. 4. Verbandsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Sonntag, den 5. März, Vorm. 10^{1/2} Uhr, in Solt's Feßsälen (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße 75:

Branchen-Versammlung der Rohrleger u. Gehilfen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Nationalität und Internationalität“. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier Fachkommissions-Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen. **Achtung Werkstatt-Vertrauensleute!** Die nächste Konferenz findet morgen, Sonntag, 4. März, Abends 8^{1/2} Uhr, bei Bahr, Gerichtstr. 19, statt.

Sonntag, den 5. März, Vormittags 10^{1/2} Uhr:

Branchen-Versammlung der Mechaniker und verw. Berufsg.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 228/18
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I Berlin (Puzer).
Sonntag, den 5. März, Vormittags 11 Uhr, Dresdenstr. 96:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufhebung der Zahlstellen. 2. Abrechnung der Unterstützungs-Kommission vom vergangenen Jahre. 3. Verschiedenes und Fragebeantwortung. 244/11

Achtung! Steinmetzen. Achtung!

Die Versammlung am Sonntag, den 5. März, findet nicht statt. Näheres wird im „Vorwärts“ später bekannt gemacht.
Der Vertrauensmann.

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold,
Oranienstr. 83/84.

Verband der Sattler und Tapezire.

Sonntag, den 4. März, Abends präzis 9 Uhr:

Versammlung mit Frauen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Wurm über: „Wie erhält man die Augen gesund?“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 313/1

Achtung! Schöneberg. Achtung!

Sonntag, den 5. März 1893, Mittags 1 Uhr, in Jacobs Salon, Granewaldstraße Nr. 110:

Gr. öffentl. Versammlung der Bau- und gewerbl. Hilfsarbeiter für Schöneberg und Umgegend.

Tagesordnung:
1. Vortrag über die gewerkschaftlichen Organisationen. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Wie stellen sich die Bauarbeiter Schönebergs und Umgegend zu dem Rufus von Bauer in Halle? 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet Teilerfassung statt. Um regen Besuch bittet
Der Einberufer.

Achtung! Maurer! Achtung!

Sonntag, den 5. März, Vormittags 10 Uhr
in Noack's Gesellschafts-Sälen, Brunnenstrasse 18-19:

Mitglieder-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Der Kampf gegen das Verbrechen.“ Referent: Herr Türk. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Jeder Maurer hat Zutritt. 890/13
Der Vorstand.

Oranien-Bad

Oranienstrasse 44.
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.
Dampfkasten-Bäder.
Einpackung und Massage.
Leitungswasser. 3719L*

Jamaica-Rum, 181M*

echt Verschnitt u. Fac., Literl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literl. M. 2,10.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.
Echt Stonsdorfer Bitter-Likör, Liter 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10.
Cognac fine Champagne, 1/4 Literl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.
Eugen Neumann & Co.,
6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

Meinen werthen Freunden und Bekannten bringe mein Lokal in freundliche Erinnerung. Ww. Woche „Zum alten Dessauer“, Sandbergerstr. 28.

Bäderci 1597b* zu verkaufen oder zu vermieten bei Frau Schlicht, Hochmeisterstr. 30, Hof part

Ein gutgehendes Material- und Grünkraut-Gesch. mit Rolle frankheitshalber z. verk. Pasewalkerstr. 4, p.*

Homöopathische Klinik. Brunnenstr. 40. Spr. 11-12, 4-5. Sonnt. 9-10.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. **Andreasstr. 23. 5 p**
Achtung! Kein Laden. Nur eigene Fabrikation, 25 Bgarrten 1 Markt. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentafel 2 Pfd. 60 Pfg. 3561 L.
H. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Wir gratuliren unserem Freund August Rogge zu seinem 42. Geburtstage. Die durstigen Brüder aus der Pflücker-Grasschaft. August laßt gießen.

Gardinen-Fabrik.

Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und creme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knappe aus Entsch in Sachsen.
Berlin N.,
Brunnenstraße 26, 1 Treppe.

Fernrohre
per Stück 3,20 Mark
mit 4 Linsen und
3 Auszügen.
Vergrößern 2mal
unter Garantie.
Jedes Stück,
welches nicht
gefällt,
nehmen
retour.
Katalog
sämmlicher
Ferrohre,
Feldstecher,
Operngläser,
Luppen, Compen-
sations- u. Musik-
werke vers. gratis
Kirberg & Comp.
Gräfrath-Central b. Solingen.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franko!

Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstrasse
158.

Meyer's, Brodhans' Veriton,
Bücher u. ganze Bibliotheken kauft stets
Hannemann, Kochstr. 56, 1 Tr.

2 Kinderwagen, gut, billig, bei
D. Euchsdorf, Hochstr. 29, II. 1603b

50 kleine Wohnungen zu verm.,
billiger und besser wie in Berlin bei
Arthur Diemer, Charlottenburg,
Goethestraße 67a. Zehn Minuten vom
Zoologischen Garten-Bahnhof. 849c*

Liegnitzerstr. 6 sind kleine, saubere
Wohnungen billig zu vermieten.
70-75 M. 1607b*

Handwerker

oder strebsame Angehörige jeden anderen
Standes finden bei einiger Thätigkeit
sehr lohnenden Nebenverdienst durch
Nachweis solider Lebens-, Kinder- und
Sterbefällen-Versicherungen. 132M*
Oberten einzureichen sub J. C. 7656
an Rudolf Mosse, Berlin SW.